Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 11 2[illegible] ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 [illegible] Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: [illegible] Goldpfennige für die [illegible] gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 2. September 1925 — Nummer 120

Die bolschewistische Marschroute der KPD.

Die Parteiarbeiter für die Exekutivbeschlüsse — Brief der Exekutive an die deutschen Kommunisten — Die Arbeiter-Delegation an die russischen Menschewisten — Jungarbeiter nach Sowjet-Rußland — Lügenhetze im Maslowprozeß

Die Parteiarbeiter-Konferenz für den Brief der Exekutive

Berlin, 2. September. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern fand im Landtagsgebäude eine Konferenz der Bezirkssekretäre und politischen Redakteure der KPD. statt, die sich mit der Lage in der Partei beschäftigte. An das Referat des Genossen Thälmann schloß sich eine ausführliche Diskussion an. Die Abstimmung am Schluß der Tagung ergab 42 Stimmen für die Resolution, 7 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen. Für den Brief der Exekutive der Komintern stimmten 44, dagegen 6 bei einer Stimmenthaltung. Auszüge aus der Resolution:

1. Die Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure der KPD. stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage.

2. Die Konferenz stimmt der Analyse der politischen Lage in Deutschland zu, wie sie von der Exekutive gegeben wurde.

3. Die Konferenz stimmt der Kritik zu, die von der Exekutive an der bisherigen engeren Parteileitung unter Führung der Genossen Maslow und Ruth Fischer geübt wurde. Insbesondere wurden folgende Fehler begangen:

a) Versäumnis der richtigen Einschätzung der neu entstehenden politischen Situation;
b) mangelhafte Einschätzung und Durchführung der Gewerkschaftsarbeit;
c) trotz schärfster Angriffe gegen die Ultralinken in Wort und Schrift kein bis zu Ende durchgehender, konsequenter, tiefgehender, die ganze Partei ideologisch aufklärender Kampf gegen den ultralinken Geist, sondern theoretische und politische Konzessionen an die Ultralinken gegenüber der Komintern;
d) ein unrichtiges, völlig unerträgliches Verhältnis zur Komintern;
e) schwere Fehler im innerparteilichen Kurs. Uebertreibung des mechanischen Kampfes gegen die verschiedenen opportunistischen Stockungen;
f) mangelnde kollektive Arbeit innerhalb der Zentrale.

4. Die Durchführung der Beschlüsse der Exekutive erfordert eine Reihe wichtiger Maßnahmen. Die hauptwichtigsten sind:

a) richtige Einschätzung und weitest propagandistische Veranschaulichung der beginnenden Aenderung der politischen Situation;
b) stärkste, entschiedenste Orientierung auf die sich nach links entwickelnden Arbeitermassen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften;
c) Konzentration aller Parteikräfte, aller leitenden Parteiorgane, aller Mitglieder bis auf das letzte auf die Gewerkschaftsarbeit;
d) Neuorientierung der innerparteilichen Linie, Heranziehung aller Elemente, die ehrlich mitarbeiten in allen Organen der Partei, Ueberzeugung der Mitgliedschaft nicht durch diktatorische Beschlüsse, sondern durch mündliche, offene Diskussion;
e) unbedingt kollektive Arbeit in allen Parteiorganen von der Betriebszelle bis zum Zentralkomitee;
f) völliges Zusammengehen mit der Komintern ohne allen Vorbehalt und ohne alle Schwankungen.

5. Die Gesamtheit der erwähnten neuen Maßnahmen bedeutet selbstverständlich nicht nur organisatorische Umstellung, sondern auch politische Umstellung, aber keinesfalls eine Kursänderung nach rechts, sondern im Sinne der Ausrichtung und Fortentwicklung der bolschewistischen Linie.

6. Die politischen Sekretäre und Redakteure billigen vorbehaltlos den Brief der Exekutive an die deutschen Parteimitglieder, die organisatorischen Beschlüsse der Moskauer Beratungen und die Haltung der deutschen Delegation. Sie verpflichten sich, einheitlich und geschlossen jeder in seiner Organisation und in seinem Wirkungskreis für diese Linie einzutreten und auch den leisesten Widerstand gegen sie, von welcher Seite er auch komme, mit ganzer Kraft rücksichtslos zu bekämpfen.

„Neuaufmarsch zum Klassenkampf und Umsturz"

Die Bourgeoisie schätzt die Parteiumstellung ein!

Wie lächerlich die schwachsinnige Deklaration des „Vorwärts" ist, die von einem Bankrott und von Liquidation des Inflationskonzerns KPD. salbadert, beweist am besten ein Artikel der „Berliner Börsenzeitung", der den bezeichnenden Titel trägt:

„Neue Wege zum revolutionären Klassenkampf".

Diese Zeitung beurteilt die Umstellung der Partei als ein ernst zu nehmendes Beginnen der Kommunisten, die ernsten wirtschaftlichen Kämpfe zu verstärken, und kommt zu den Schlußfolgerungen: „Die Gefahr der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes angesichts der zu erwartenden Erhöhung der wirtschaftlichen Not bringt besonders vor. **Dieser Gefahr muß das deutsche Bürgertum ins Auge sehen.** Wir sind gespannt, wie man sich an den Randgebieten des Bürgertums beim linken Zentrum und bei den Demokraten mit dieser Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, mit diesem

Neuaufmarsch zum Klassenkampf und Umsturz abfinden wird."

Die Großbourgeoisie sieht den ernsthaften Willen der Komintern, die Kämpfe zu einem wichtigen und scharfen Instrument des revolutionären Klassenkampfes zu machen, mit ganz anderen Augen an, als die Sozialdemokraten, die da glauben, an der Peripherie der Partei im Trüben fischen zu können.

Das Programm der Unternehmeroffensive

Es wird nützlich sein, den in Breslau versammelten Gewerkschaftsbureaukraten ernsthaft vor Augen zu halten, was das deutsche Unternehmertum will. Am 20. Juni d. J. tagte in Bad Kösen der große Ausschuß des Deutschen Industrieschutzverbandes. Auf der Tagung dieses gefährlichsten Scharfmacherverbandes des Unternehmertums hielt Generaldirektor Karl Grützner ein Referat über die „Notwendigkeit des Abbaues der Arbeitsgesetzgebung.

Aus dem Referat des Herrn Grützner wollen wir nur einige charakteristische Stellen hervorheben: „Die Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiterschaft müssen verstehen, daß sich die fürchterliche Lage, in die das deutsche Volk und damit auch die deutsche Arbeiterschaft geraten ist, niemals dadurch ändern läßt, daß man die Löhne in die Höhe zu schrauben sucht, denn das Geld an sich spielt ja letzten Endes keine Rolle." (!)

„Auch die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften müßten den Mut aufbringen, der Arbeiterschaft einmal die Wahrheit zu erklären und ihr zu sagen, daß die Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft von Schaden ist, wie der sorgende Vater dem verhätschelten Kinde das Zuckerzeug wegnimmt, an dem es sich den Magen verdirbt. Der Vater darf sich vor dem Geschrei und Geheul, das dann anhebt, eben nicht fürchten, weil er mit Erfüllung seiner Pflicht dem unverständigen Kinde ja nur Gutes erweist."

Die zynische Frechheit, mit der Herr Grützner über die deutsche Arbeiterschaft urteilt, läßt sich gar nicht übertreffen. Aber wodurch ist das Proletariat in eine solche Lage gekommen, daß man es mit dem heulenden Kinde vergleicht, dem das „Stückchen Schokolade" (das dürftige tägliche Brot!) fortgenommen wird? Weil die opportunistische Führung der deutschen Gewerkschaften dem Unternehmertum eine Konzession nach der anderen machte. Heute glauben die Herren, daß sie sich alles erlauben können.

Im Anschluß an das Referat Grützners wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Lage der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit ist besorgniserregend. Die Ursachen liegen nicht lediglich in den Kriegsfolgen und in den schwierigen außenpolitischen Verhältnissen. Neben dem Raubbau der Steuergesetze trägt vor allem die Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit mit Schuld an dem Niedergange, der sich beim Weiterbestande dieser Gesetze noch verschlimmern und zu unhaltbaren Zuständen führen wird. Die Zukunft der deutschen Industrie liegt in dem Problem beschlossen, daß es gelingt, den größten wirtschaftlichen Erfolg mit dem geringsten Verlust an Zeit und Arbeit, also mit dem geringsten Leerlauf, herauszuholen. Dieses Problem fordert auch, daß die zwecklose Geschäftigkeit, wie sie aus den Kriegs- und Nachkriegsgesetzen auf arbeitsrechtlichem Gebiet erwächst, rücksichtslos aus dem Wirtschaftsleben entfernt werde."

„Die Generalversammlung des über 10 000 Industriebetriebe umfassenden deutschen Industrieschutzverbandes fordert deswegen die Aufhebung der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918, soweit diese die Möglichkeit von Zwangstarifverträgen schafft. Der Verordnung über das Schlichtungswesen, insbesondere der Bestimmungen über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, ferner der, die Verfügungsfreiheit des Arbeitgebers zum Nachteil der Interessen des Betriebes einschränkenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (§ 84—90), ebenso der Stillegungsverordnung, die überhaupt keinerlei praktischen Wert hat, die Arbeitgeber aber mit zwecklosen Formalitäten und Zeitverlusten belastet, und endlich der verschiedenen Arbeitszeitverordnungen, die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in ungünstiger Weise beeinflussen."

Das ist alles deutlich genug. Das deutsche Unternehmertum ist einmütig entschlossen, in der Arbeitszeit sich keine Hemmungen auferlegen zu lassen. Das Unternehmertum will das unbegrenzte Recht, die Betriebe stillzulegen und die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen; das Unternehmertum will die letzten Reste der Betriebsräterechte abschaffen und wieder völlig Herr im Hause werden. Das Unternehmertum erklärt endlich, daß es das Schlichtungswesen nicht mehr nötig hat, sondern daß es die Arbeiter direkt niederschlagen will.

Nach diesen Grundsätzen ist das deutsche Unternehmertum in den letzten Wochen auf der ganzen Front zum Angriff übergegangen. Wir fragen den Gewerkschaftskongreß, was er zu tun gedenkt, um gegenüber der Unternehmerfront [illegible] die einheitliche Kampffront der Arbeiter im deutschen und internationalen Maßstabe zu schaffen?

Bürgerlicher Schwindel zum Maslow-Prozeß

Die Helfershelfer des Herrn Vogt.

Gestern begann vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Maslow-Prozeß. Der Prozeß soll eine Woche dauern und ist als Auftakt zum Zentrale-Prozeß im November geplant. Mit den üblichen Mitteln wird in der bürgerlichen Presse die Kommunistenhetze bei dieser Gelegenheit betrieben. Wie schamlos und verlogen die Preßkanaille ans Werk geht, zeigt eine Meldung des **Nachrichtenbureaus des Vereins Deutscher Zeitungsverleger** über den bevorstehenden Prozeß. Dieses „gut informierte" Nachrichtenbureau schreibt u. a.:

„**Maslow** kam im Jahre 1920 aus Rußland nach Deutschland und trat zunächst der USPD. bei. Auf dem Halleschen Parteitag ging er zur KPD. über, von der er in den Reichstag gesandt wurde. Nach der Haussuchung im Reichstag im Oktober 1923 wurde Maslow verhaftet. Da vom Reichstag die Immunität als Abgeordneter aufgehoben wurde, konnte das Verfahren gegen ihn erfolgen. Nach der Anklage war Maslow über die gesamten Vorgänge in der KPD. orientiert; auch soll er ständig mit Rußland in Verbindung gestanden haben. Von ihm aus sind Schriftstück, Informationen und Befehle an die einzelnen Ortsgruppen gegangen. Es sind eine ganze Reihe von Schriftstücken gefunden worden, die mit Abramowitsch, seinem Decknamen, gezeichnet sind. Auch für die Neumannsche Tschekagruppe soll Maslow Instruktionen gegeben haben; ebenso soll die Einrichtung der Paßfälscherzentrale auf seine Anregung zurückzuführen sein. Ferner soll er besonders den Hamburger Putsch inszeniert haben. In seiner gesamten Tätigkeit, die er als ausführendes Organ des Bolschewismus ausübte, wird nicht nur Beihilfe zum Hochverrat, sondern vollendeter Hochverrat erblickt, weshalb die Anklage gegen ihn auch aus den §§ 9, 10, 13 und 14 des Republikschutzgesetzes erhoben ist, während bei den bisherigen Kommunistenprozessen nur die §§ 7 und 8 zur Anwendung kamen. Auch die übrigen drei Angeklagten waren hervorragend für die illegalen Ziele der KPD. tätig. Grylewicz war längere Zeit Privatsekretär Maslows."

Von den angeführten Tatsachen entspricht auch nicht eine einzige der Wahrheit. Der dienstbeflissene Schmock hat so schauderhaft gelogen, daß ihm wahrscheinlich sogar seine Geldgeber unter den Zeitungsherren den Laufpaß geben werden. Und die sind doch wahrlich nicht feinfühlig in punkto Wahrheitsliebe. Jeder politische Anfänger in Deutschland weiß, daß Maslow nicht Mitglied des Reichstags war. Bei ihm gab es keine Immunität aufzuheben. Ebenso war M. im Oktober 1923 nicht in Deutschland. Er konnte deshalb gar nicht zu dieser Zeit verhaftet werden und auch keinen „Hamburger Putsch" inszenieren. Wie mit diesen Dingen, steht es auch mit allen anderen aufgestellten lügnerischen Behauptungen.

Nach dieser Kostprobe ist ja an Schwindel- und Spitzelmanövern in diesem Prozeß allerlei zu erwarten.

Dawes hat 18 Millionen Dollar geschluckt

New York. (Eigene Drahtmeldung.) Der Transfer-Agent hat dem Schatzamt mitgeteilt, daß bis heute rund 18 Millionen Dollar aus dem Dawesplan eingingen. 14½ Millionen gehen auf die Besatzungskosten, 3½ Millionen sind für Ansprüche amerikanischer Bürger. Das Schatzamt glaubt, daß der Dawesplan bei geringen Aenderungen auch weiterhin so vortrefflich funktionieren werde.

Die Arbeiterdelegation an die russischen Menschewiki

„Wir haben euch gesucht und nicht gefunden!"
„Keine einzige eurer Angaben stimmte!"

Moskau, 28. August. (Inprekorr.-Telegramm.) Die deutsche Arbeiterdelegation veröffentlichte vor ihrer Abreise ein Antwortschreiben auf einen Brief, der vom Bureau der Russischen Sozialdemokratischen Partei unterzeichnet ist. Die Delegation bestätigt den Empfang des Briefes und weist in ihrem Antwortschreiben darauf hin, daß sie alles in der USSR. gesehen habe und daß sämtliche Türen, selbst die der Gefängnisse geöffnet wurden. Nur eines habe die Delegation nicht gesehen: die Menschewiki. In dem Schreiben heißt es:

„Ihr schreibt im Namen Eurer Parteiorganisationen, wir haben solche aber nicht gefunden. Habt Ihr denn zu uns, Euren Gesinnungsgenossen, kein Vertrauen? Dort, wo wir Euch suchten und fanden, habt Ihr schon längst aufgehört, das zu sein, was Ihr waret. Trotzdem versuchten wir alle Eure Angaben nachzuprüfen, müssen aber ehrlich gestehen, daß keine einzige Eurer Angaben stimmte. Mehr noch: sogar unter Hunderten und Tausenden von Menschen haben wir keinen einzigen gefunden, der Eure Angaben bestätigte. Wir hatten freien Zugang zu allen Gefängnissen, fanden dort Menschewiki und Sozialrevolutionäre, niemand von ihnen konnte sich über etwas anderes als über die Freiheitsentbehrung beklagen."

Das Schreiben ist unterzeichnet von Melke, Freiberger, Baer und Benewitz.

Durchführung der Lehren Marx' und Engels'

Die „Iswestia" veröffentlichte eine Deklaration der deutschen Arbeiterdelegation an die Arbeiter und Bauern der USSR., in der kurz die Eindrücke und Urteile geschildert werden, zu denen die Delegation während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion gelangte. Die Deklaration unterstreicht, daß die Delegierten sich selbst ihre Besichtigungsorte wählten und genaue Auskünfte über alle sie interessierenden Fragen erhielten. Weiter wird in der Deklaration die Frage gestellt: Ist Sowjetrußland in Wirklichkeit der Staat, in dem die Grundsätze und Lehren Marx und Engels in der Tat durchgeführt werden? Darauf muß geantwortet werden, daß die deutsche Arbeiterklasse eine absolut falsche Vorstellung über die USSR. hat. Es ist durchaus richtig, daß die USSR. faktisch sich auf dem Wege der Verwirklichung der von Marx und Engels gestellten Ziele befindet. Der wirtschaftliche Aufbau wird in der Richtung zum Sozialismus unter Teilnahme der breitesten Schichten der werktätigen Massen tatsächlich durchgeführt. Die soviel gescholtene und verhaßte Diktatur des Proletariats ist in Wirklichkeit die wahre Arbeiterdemokratie, die sich günstig von der sogenannten „Demokratie" der westlichen Länder unterscheidet. Die Deklaration weist darauf hin, daß nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern die überwiegende Mehrheit der Ingenieure, Techniker, Lehrer und Gelehrten das System der Sowjetregierung unterstützen. Die Arbeiter der USSR. legten den Achtstundentag fest für Erwachsene und den Sechsstundentag für die Heranwachsenden. Die Betriebsräte haben großen Einfluß und nehmen aktiv teil an der Regelung sämtlicher sozialen Fragen, sowie an dem sozialistischen Aufbau der Volkswirtschaft. Ehemalige Paläste und Villen sind den Werktätigen zugänglich. Der russische Arbeiter lebt jetzt im Durchschnitt nicht schlechter als der deutsche Arbeiter, was aber die Ernährung anbelangt, bedeutend besser als dieser. Das materielle und kulturelle Niveau der breiten Schichten steigt von Jahr zu Jahr. Die riesigen Perspektiven zur Förderung der Volkswirtschaft ermöglichen die Anstellung zehntausender qualifizierter Arbeiter und Spezialisten in den verschiedensten Industriegebieten. Zum Schluß führt die Deklaration aus, daß die deutsche Arbeiterklasse sich nicht gleichgültig verhalten wird gegenüber der vorhandenen Gefahr imperialistischer Intervention gegen die USSR., da das Schicksal der USSR. mit dem der gesamten Arbeiterschaft eng verbunden ist. Die Deklaration gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nur die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale der Gefahr neuer Kriege vorbeugen kann.

Jungarbeiter nach Rußland

An alle jungen Arbeiter Deutschlands!

Zusammen mit der verschärft einsetzenden Kapitalsoffensive, welche sich in besonderem Maße auf das Jungproletariat auswirkt, kann man in der Mehrzahl der gesamten Presse eine verstärkte Hetzkampagne gegen Sowjet-Rußland feststellen.

Mit ungeheuren Lügen und gefälschtem Material wird versucht, dem deutschen Jungarbeiter das Gruseln über die Lage des russischen Jungproletariats beizubringen. Auf diese Tatsache hin hat der russische Jugendverband einen Aufruf an die jungen Arbeiter Deutschlands erlassen, in welche das deutsche Jungproletariat zwecks genauer Untersuchung der russischen Verhältnisse aufgefordert wird, eine Jungarbeiter-Delegation nach Sowjetrußland zu entsenden. Diese Einladung hat eine ungeheure Bedeutung, denn hier wird den einzelnen Organisationen Gelegenheit gegeben, sich durch Tatsachen über den wahren Zustand der Sowjet-Union zu informieren. Aber darüber hinaus wird diese objektive Aufrollung des Tatbestandes dazu beitragen, daß das seit Jahren systematisch aufgerichtete Lügengebäude von der Notlage des russischen Jungproletariats mit einem Schlage zerstört wird. Die heute 1½ Millionen umfassende russische Jugendorganisation wird dadurch Gelegenheit geben, uns ihre auf politischem und sozialem Gebiet gemachten Erfahrungen im Interesse der Jungarbeiter aller Länder zu übermitteln. Außerdem wird es für die Frage der Gewerkschaftseinheit ein wichtiger Faktor sein, ob die Millionen des gesamten Jungproletariats den lügenhaften Verhetzungen folgen, oder Seite an Seite mit den russischen Jungarbeitern den Kampf um die Einheit der gesamten Arbeiterschaft aufnehmen und eine klare Führung des Klassenkampfes verlangen. Das Jungproletariat Deutschlands kann an diesen Fragen nicht vorbeigehen, sondern muß dazu Stellung nehmen, denn es handelt sich um seine Zukunft, die Zukunft der Gesamtarbeiterklasse.

Die Unterzeichneten übernehmen die Organisierung dieser Jungarbeiter-Delegation und fordern daher alle schon bestehenden Einheitskomitees auf, unter Hinzuziehung von jugendlichen Arbeitern sofort an die Organisierung von Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen zur Vorbereitung von

Jungarbeiter-Kongressen

zu gehen, auf welchen die zur Delegation bestimmten Genossen gewählt werden.

Die Wichtigkeit dieser gestellten Aufgabe spricht für sich selber, deshalb, Jungarbeiter,

werbt und sammelt für die Jungarbeiter-Delegation nach Sowjetrußland!

Berlin, den 1. September 1925.

Einheitskomitee der deutschen Arbeiter-Delegation
i. A.: Beck.

Rußlanddelegation

1. Die erste deutsche Arbeiterdelegation ist am Sonnabend, 29. August, in Berlin eingetroffen. Die Delegierten sind zum größten Teil bereits in ihre Heimatsorte abgereist.

2. Als Delegationsvorstand bleiben folgende Genossen in Funktion:

Freiberger-München
Beck-Jena
Overhagen-Essen
Lehnert-Chemnitz
Girndt-Oppeln
Staudt-Nürnberg
Mehle-Berlin
Marre-Düsseldorf.

3. Die vom Arbeiterkomitee für Rußlanddelegationen durch die Presse bekanntgegebenen Richtlinien für die Berichterstattung bleiben bestehen; alle Anforderungen nach Referenten sind entweder an das „Einheitskomitee", soweit in dem betreffenden Bezirk ein solches besteht, oder an das unterzeichnete Komitee zu richten.

4. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Referenten für allgemeine öffentliche Versammlungen nicht gestellt werden können, sondern daß die Berichterstattung in erster Linie in Betriebsversammlungen, Betriebsrätevollversammlungen oder von den Gewerkschaften einberufenen Versammlungen stattfinden soll.

5. Alle Anforderungen wegen Entsendung weiterer Delegationen nach Sowjetrußland sind an das unterzeichnete Komitee zu richten.

Arbeiterkomitee für Rußland-Delegationen
J. A. Bollmann
Berlin W. 8, Unter den Linden 11.

Empfang der Rußlanddelegierten in München

München, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die aus Rußland zurückkehrenden Arbeiterdelegierten wurden gestern am Bahnhof von einer gewaltigen Arbeitermenge empfangen. Es bildete sich spontan ein mächtiger Demonstrationszug, der unter Absingen revolutionärer Lieder dem Versammlungslokal, wo die Delegierten sprechen wollten, zuzog. Die Polizei war gegenüber dieser spontanen Kundgebung der Münchner Arbeiterschaft machtlos. Dies ist um so bemerkenswerter, als München seit dem Zusammenbruch der von den SPD.-Führern schamlos verratenen Räte-Republik eine derartige Demonstration des revolutionären Proletariats nicht mehr erlebt hat. Es sagt auch im schwarzen Bayern!

Zwei neue Sowjetverträge

Wie „Daily Herald" meldet, wurden am 28. August in London mit der russischen Delegation neuerdings zwei große Verträge abgeschlossen. Der eine davon ist ein Lieferungsvertrag **für 20 Millionen Mark** auf englische **Textilmaschinen.** Wie „Daily Herald" aber schreibt, waren die russischen Delegierten, die nach Deutschland abreisten, nicht voll befriedigt von diesen Abschlüssen.

11. Internationaler Jugendtag

Die Ortsgruppen und Betriebszellen der Partei sind verpflichtet, gemeinsam mit der KJ. und dem Jungspartakusbund die festgesetzten Versammlungen und Kundgebungen durchzuführen. Der Jugendtag am 5. und 6. September in Meißen muß zu einer machtvollen Kundgebung gegen die reaktionären Pläne der Reichsregierung und ihrer Lakaien sich gestalten.

Die Parole für sämtliche Parteigenossen lautet:

Auf zum Jugendtag!

Gemeinsame Demonstrationen für die Forderungen der Jungarbeiter und Arbeiterkinder.

Die Bezirksleitung. Polbureau.

Luthers „Preisabbau"

Sein eigener Schwindelindex ist gestiegen!

Die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") **beläuft sich** nach den frisierten Feststellungen des Statistischen Reichsamtes des Herrn Luther auf 145,0 des August gegen 143,3 im Vormonat. Das bedeutet eine Steigerung um 1,2 Prozent.

Die Steigerung ist vor allem auf die Erhöhung der Wohnungsmieten zurückzuführen; bei den Ernährungsausgaben wurden Preissteigerungen von Fleisch, Butter, Milch und Eiern teilweise durch die Verbilligung von Gemüse und Kartoffeln ausgeglichen.

Es besteht die begründete Aussicht, daß trotz der scheinbaren augenblicklichen Senkung gewisser Lebensmittel die Preise in absehbarer Zeit in die Höhe schnellen werden.

Die Junker fordern tagtäglich Verteuerung ihrer Produkte und versuchen, durch Ausfuhr und das System der Einfuhrscheine eine künstliche Getreideknappheit zu schaffen und diese Knappheit zu Preissteigerungen auszunutzen.

Die Arbeiter dürfen sich nicht durch geringfügige momentane Preissenkungen gewisser Lebensmittel einlullen und von Lohnkämpfen abhalten lassen.

Die Teuerungswelle steigt unaufhaltsam. Das beweist trotz aller Reden und Konferenzen selbst Luthers, eigener Schwindelindex.

Das Werk der Wucherer

Berlin, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) **Der Zoll für Weizen ist am 1. September von der Reichsregierung auf 10 Mark pro Doppelzentner festgesetzt worden.**

Schmidtke und Baltz

bedrohen die parteitreuen Kommunisten im Freien Eisenbahnerverband mit dem Staatsanwalt.

Der Bezirksleiter des Freien Eisenbahnerverbandes in Hamburg, Genosse Müller, erhielt von dem geschäftsführenden Vorstand des Freien Eisenbahnerverbandes, der den Kampf gegen die Kommunistische Partei und gegen die Einheit der Eisenbahner führt, nachstehendes Schreiben:

Freier Eisenbahner-Verband. Berlin, den 21. August 1925.

Herrn Julius Müller
Hamburg, Bachstr. 103.

Werter Kollege!

Nachdem wir festgestellt haben, daß Du entgegen den Beschlüssen des Verbandsbeirates vom 17. Mai 1925 und der Bezirkskonferenz des Bezirks Altona vom 7. Juni 1925 die Arbeiten unserer Organisation systematisch sabotierst, ist der Vorstand zu dem Entschluß gekommen, Dich aller Funktionen im FEV. zu entheben.

Wir untersagen Dir deshalb jedes Arbeiten im Auftrage FEV. Ebenso ersuchen wir um sofortige Zurücksendung des gesamten Materials des FEV., soweit es noch in Deinem Besitze ist (Stempel, Rundschreiben usw.).

Sollten wir nach Empfang dieses Schreibens feststellen, daß Du irgend etwas im Auftrage des FEV. unternimmst, würden wir uns veranlaßt sehen, wegen Betrugs gegen Dich vorzugehen.

Wir erwarten, daß Du uns nicht zwingst, diese Schritte gegen Dich unternehmen zu dürfen, und bleiben

mit kollegialem Gruß

Freier Eisenbahner-Verband
Der Vorstand. gez. Baltz.

Durch Eilboten!

Die Mitglieder des Freien Eisenbahnerverbandes sehen aus diesem Schriftstück, wo die Reise hingeht. Schnell muß mit diesen Schädlingen, die sich gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale wenden und sich in nichts von den Reformisten unterscheiden, abgerechnet und die Vereinigung mit dem Einheitsverband zur Stärkung der Kampffähigkeit desselben durchgeführt werden.

Die Wirkung der „Kohlensubsidien" in England

Bekanntlich kniff die Baldwin-Regierung im letzten Augenblick vor dem drohenden Generalstreik der Einheitsfront der englischen Gewerkschaften aus, indem sie den Bergwerksbesitzern „Subsidien" im Gesamtbetrag von 15 Millionen Pfund Sterling auf neun Monate zusicherte. Bedingung war, daß die Unternehmer die Minimallöhne anerkannten und die angedrohte Aussperrung in aller Form zurücknahmen. Das war der „Schwarze Freitag".

Nun zeigt sich ganz interessanterweise, nach den Feststellungen des „Economist", daß dieses Vorgehen schon im ersten Subventionsmonat zu einer Senkung der Kohlenpreise in Südwales führte. Und zwar sanken die Preise sehr erheblich, um 3—4 Schilling pro Tonne. Nach den Berechnungen des „Economist" betrug die Differenz zwischen dem garantierten Minimallohn und dem Lohn, „den die Eigentümer bezahlen können", im September pro Tonne im Durchschnitt für alle geförderte Kohle über drei Schilling. Diese Differenz wird durch die „Subsidien" gedeckt.

Was bedeutet der Boykott Kantons für England?

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Der „Economist" schreibt, daß, abgesehen davon, ob die Aussperrung englischer und japanischer Schiffe ein wohlüberlegter feindseliger Akt sei, dieser Boykott die Lähmung des Handels von Hongkong bedeute. Wenn er „effektiv" werde, so würden bald die chinesischen Interessen darunter ebensoviel leiden, wie die englischen.

Hongkong und Kanton ergänzen einander. Hongkong mit seiner britischen Kolonie sei nur der Umschlagplatz, während **Kanton das Verteilungszentrum für Südchinas Handel** sei und der Stapelplatz für chinesische Ausfuhrprodukte.

Die Mehrzahl der Schiffe sei in englischer Hand; Kanton selber sei nicht günstig für Schiffe mit tiefem Seegang. Dampfer und Küstendampfer übernähmen die Verteilung der Güter. Gewiß die Einfuhr liefert Kanton in bestimmtem Maße direkt Kohle und Reis, aber für Hongkongs Bilanz ist wichtig, daß jetzt Schiffe als Rückfracht Seide und Eingeborenenerzeugnisse laden können. Wichtig für den Handel von Hongkong sind die Flußdampfer, welche die verschiedenen Häfen anlaufen im Delta von Kanton. Diese Flußdampfer führten 1924 im ganzen ein und aus: in Hongkong 7 365 000 Tonnen, von welchen über 6½ Millionen englische Fracht waren.

„Jetzt," meint der „Economist", „wird die Situation in Hongkong immer schlimmer und die Zukunft der Kolonie gefährdet." Und „die erlittenen Verluste werden die Handelsgesellschaften schwer hemmen, für die doch ein weites Arbeitsfeld wäre in den Provinzen von Südchina."

Der Streik der englischen Seeleute

London, 1. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Seeleutestreik in aller Welt nimmt beständig zu. Wilson, der noch Führer der englischen Seeleute ist, hat den Streik in den Dominions und in den englischen Häfen als illegal, d. h. als wild erklärt und selbst der Herabsetzung der Löhne zugestimmt. Nachdem nun der Streik sich auf die Häfen von Australien, Neuseeland und Südafrika ausgedehnt hatte, greift er jetzt auch nach Indien über. Vorläufig will man allerdings gerade in Indien einheimische Arbeiter als Streikbrecher werben, d. h. mit Zwang und sie nach den Häfen von Südafrika schicken. In England sind die Matrosenorganisationen von Southampton und Hull und Bristol nun auch in den Streik getreten. Schiffe nach Australien, Neuseeland und Amerika werden nicht mehr abgefertigt.

England und Mossul

Paris, 1. September. Bürgerliche Blätter melden: Die Lage von Mossul beschäftigt sehr ernsthaft die politischen Kreise in England. Die Blätter treten dafür ein, daß England, wenn im Jahre 1928 der Vertrag mit dem Irak über das Mossulgebiet zu Ende geht, sich **ganz aus Mesopotamien zurückziehen müsse.** Nur einzelne Banken seien an dem Schicksal des Mossulgebietes interessiert und für sie dürfe sich England nicht einsetzen. Daß England noch weitere 25 Jahre den Vertrag über Mossul mit dem Irak verlängern könnte, hält man für ganz ausgeschlossen. Man erwartet mit großer Spannung den Schiedsspruch des Völkerbundes, hält es allerdings für möglich, daß der Völkerbund erklären wird, die Beteiligten, England und die Türkei, müßten selbst zu einer Verständigung zu kommen suchen.

Heraus zum 11. Internationalen Jugendtag am 5. und 6. September in Meißen

Dresden

Für die Arbeiterstimme

Neue Dresdner Erfolge

Zellengruppe Leuben	neu 20	Abonn.
Betriebszelle Sachsenwerk	16	„
Betriebszelle Seidel u. Naumann	1	„
Friedrich, Dresden	15	„
Baudisch, Striesen	3	„
Bellmann, Dresden	3	„
Engelmann, Dresden	2	„
O. Groß, Dresden	2	„

Außerdem zahlreiche Einzel-Abonnenten und Bestellscheine ohne Angabe des Werbers.

Leser und Leserinnen!

Werbt weiter! Unermüdlich muß die Werbung neuer Abonnenten in jedem Betriebe weitergehen. Die Bauarbeiter sind von den sozialdemokratischen Führern verraten worden. In jede Wohnung eines Bauarbeiters muß jetzt die „Arbeiterstimme" kommen.

Auf an die Arbeit!

Nochmals: Ein ungeheurer Skandal im Dresdner Wohnungswesen

Wir berichteten vor kurzem über eine Sabotage im Dresdner Wohnungswesen, die bewußt oder unbewußt vom Wohnungsamt Dresden geduldet wurde. Wir müssen heute dieses Kapitel noch ergänzen.

Obwohl die Wohnungssabotage des Herrn Oberst Vogold bereits seit zweieinhalb Jahren datiert, setzte der Anwalt des Herrn auch in der Wohnungsschiedsamtsverhandlung am 28. August, mit Unterstützung des Vorsitzenden des Schiedsamtes, die Sabotage erfolgreich weiter fort. Angeblich beleidigende Aeußerungen gegenüber der jetzigen Hauswirtin, die bereits ungefähr zehn Jahre zurückliegen, sollen jetzt den Grund abgeben zur Ablehnung der nunmehr 61. **(wörtlich einundsechzigsten) Zuweisung.** Herr Dr. Graupner als Vorsitzender des Wohnungsschiedsamtes hielt den vorgebrachten Scheingrund für wichtig genug, um die Verhandlung abermals bis zum 15. September zu vertagen, wo 8 Leumundszeugen vernommen werden sollen.

Man kann schon sagen, daß man sich, gemessen an diesem Beispiel, allerhand erlauben kann, wenn man Oberst gewesen ist und Geld genug hat, um sich einen Rechtsanwalt zum Prozessieren zu halten. Dieser Skandal übersteigt alles bisher Dagewesene und bedarf keines weiteren Kommentars.

Versuchsschule. Bei den zahlreichen Anmeldungen zur Versuchsschule mußten in diesem Jahre über 150 Eltern zurückgewiesen werden. Die Lehrerschaft der Versuchsschule berücksichtigt bei der Auswahl zunächst die Kinder, die bereits Geschwister an der Schule haben. Kinder mit überweitem Schulweg müssen aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten. Für die abgewiesenen Eltern findet Donnerstag, den 3. September, in der Versuchsschule, Georgplatz 5, Turnhalle, ein Elternabend statt.

Fortführung der Straßenbahn nach Coschütz. Uns wird mitgeteilt: Um den Bewohnern des Stadtteils Coschütz und Umgegend bis zur Errichtung der Straßenbahnlinie nach Coschütz eine Verkehrsmöglichkeit zu schaffen, soll eine Autoomnibuslinie in Betrieb gesetzt werden. Der Betrieb beginnt sofort, sobald die dazu nötigen Wagen geliefert sind; dies wird in Kürze erfolgen. — Der Autoomnibus wird alle 15 Minuten verkehren und fährt vom Chemnitzer Platz in der Vorstadt Plauen durch die Coschützer und Dresdner Straße bis zur Potschappler Str. in Gittersee. Anschluß an die Straßenbahnlinien 1 und 15 wird sichergestellt. — Die Autobuslinie ist als Behelfsmittel gedacht, denn bis zur Errichtung der Straßenbahnlinie dürfte noch einige Zeit vergehen, da die bauplanmäßige Feststellung dieser Linie sich bis Mitte nächsten Jahres hinziehen wird. An der Errichtung der Straßenbahnlinie wird nach wie vor festgehalten; sie wird bestimmt errichtet. Ueber den Tarif der Autoomnibuslinie sind z. Z. noch keine Bestimmungen getroffen, es soll aber ein Zuschlag zu den Tarifsätzen der Straßenbahn erhoben werden.

Kraftpostfahrgelegenheit. Donnerstag, 3. Sept., bietet sich Fahrgelegenheit mit zwei neuzeitlichen Kraftomnibussen der Reichspost von Dresden nach Stolpen. Abfahrt 9 und 11,30 Uhr vorm. ab Dresden-A., Schloßplatz. Rückfahrt (mit einem Omnibus) 7,30 Uhr abends ab Stolpen, Markt. Fahrpreis Dresden—Stolpen oder umgekehrt 1,50 Mk. Vorausbestellung und nähere Auskunft Fernsprecher 18 046 Bezirkswerkstatt für Postkraftwagen, Dresden-A. 5, Wachsbleichstraße 20.

Direkte Straßenbahn-Fahrgelegenheit nach der Landwirtschaftlichen Ausstellung. Für die Tage der Landwirtschaftlichen Ausstellung (4.—8. Sept.) auf dem Gelände der Pferdeausstellung im Stadtteil Reick richtet die Städtische Straßenbahn eine Sonderlinie ein, die die Besucher vom Hauptbahnhof ohne Umsteigen nach der Ausstellung befördert. Die Wagen dieser Linie verkehren von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends in Abständen von 7½ Minuten. Der Betrieb wird nach Bedarf durch Anhängewagen und Sonderwagen verstärkt. Der Fahrpreis beträgt 15 Pf. für die ganze Linie. Die Abfahrtstelle der durch Fähnchen gekennzeichneten Wagen der Sonderlinie befindet sich auf dem Wiener Platz vor dem Hauptbahnhof an der Haltestelle der Linien 8 und 10!

Rücknahme und Umtausch von Fahrkarten. Fahrkarten, die noch nicht durchlocht sind, oder nachweislich nur zum Betreten des Bahnsteiges benutzt wurden, können auch in Fällen eines Irrtums, Erkrankung oder aus sonstigen Billigkeitsgründen vor oder unmittelbar nach Abgang des betreffenden Zuges an der Fahrkartenausgabe zurückgenommen werden. Bereits gelochte, aber unbenutzt gebliebene Fahrkarten, die ein Reisender zurückgeben oder umtauschen will, sind zunächst dem Aufsichtsbeamten am Bahnsteige vorzuzeigen, der sie je nach Lage des Falles auf der Rückseite mit einem Vermerk versieht. Erst nach Aufbringen dieses Bestätigungsvermerks werden dann die Karten zurückgenommen oder umgetauscht. — Für das Betreten des Bahnsteiges wird eine Bahnsteigkarte (10 Pf.) in Abzug gebracht. Ist auf Grund der Fahrkarte bereits Gepäck abgefertigt, so wird die Karte nur zurückgenommen, wenn feststeht, daß auch das Reisegepäck zurückgenommen oder nach der Bestimmungsstation der neu gelösten Fahrkarte abgefertigt worden ist. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn auf der Fahrkarte der Gepäckstempel durchstrichen und die Zurückgabe des Gepäcks durch die Güterabfertigung bescheinigt ist.

Tätigkeit der Feuerwehr. Die Feuerwehr wurde am Montag 11,58 Uhr vormittags nach der Louisenstraße 15 gerufen. Dort waren in einer im dritten Obergeschoß gelegenen Küche auf dem Gaskocher Speisen angebrannt, wodurch eine größere Rauchentwicklung hervorgerufen wurde. — 5,25 Uhr vormittags war Schäferstraße 8 ein 30jähriger Mann durch Einatmen von Leuchtgas verunglückt. Die mit dem Sauerstoffapparat angestellten Wiederbelebungsversuche hatten nach 30 Minuten Erfolg.

VOM TAGE

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Berlin, 2. September. Ein Hängegerüst, das auf dem Hofe eines Hauses der Wiesenstraße zur Ausführung von Ausbesserungsarbeiten angebracht war, **stürzte mit zwei darauf befindlichen Arbeitern aus einer Höhe von 15 Metern herab. Während der eine der beiden Arbeiter sofort getötet wurde, erlitt der andere lebensgefährliche Verletzungen.**

Tödlicher Straßenbahnunfall. Chemnitz, 1. September. Unterhalb der Markersdorfer Straße versuchten am Sonntag mittag drei Männer etwa fünf Meter vor einem stadtwärts fahrenden Straßenbahnzug den Gleiskörper zu überschreiten. Während dies zweien auch gelang, blieb der dritte, der auf der Zietenstraße wohnhafte 57jährige Eisendreher Rauch, mitten auf dem Gleise stehen, wandte dem herankommenden Straßenbahnzuge den Rücken und gab mit den Armen unverständliche Zeichen. Erst im letzten Augenblick sprang er zur Seite, wurde aber von dem Wagen erfaßt und unter diesen gezogen. Dem Unglücklichen wurde der linke Arm zermalmt und die Schädeldecke vollständig zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Erst die herbeigerufene Feuerwehr konnte den Toten durch Heben des Wagens aus seiner furchtbaren Lage befreien.

Zusammenstoß zweier Krafträder mit tödlichem Ausgang. Köln, 2. September. Am Montag nachmittag stießen auf der Brühler Landstraße in der Nähe von Rodenkirchen bei Köln in einer Kurve zwei Motorradfahrer zusammen. **Beide Fahrer wurden von ihren Rädern geschleudert und waren sofort tot.**

Vom Zuge überfahren. Bohwinkel, 1. September. Auf der Strecke Bohwinkel—Steele wurden am Sonntag abend um 10 Uhr **ein vierzigjähriger Mann und ein fünfjähriges Kind von einem Personenzug überfahren.** Der Mann war sofort tot, das Kind ist schwer verletzt.

Schadenfeuer. Weida, 31. August. Am Sonnabend abend gegen 11½ Uhr brannte die oberhalb der Jutespinnerei gelegene Vipsburg bis auf die Mauern nieder. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. Die Bewohner, die sich auf dem Schützenplatz befanden, konnten nur das retten, was sie auf dem Leibe trugen. Der Schaden ist sehr groß.

Brand. Pirna, 2. September. Bei der Firma Pretzschner u. Wagawa im Stadtteil Neundorf ist am Dienstag vormittag, vermutlich bei der Entnahme einer Pechprobe, Teer in Brand geraten. Dabei sind ungefähr 20 000 Liter Oel mit verbrannt. Der Gebäudeschaden ist nicht groß, so daß der Betrieb weitergeführt werden kann. Gegen 11.15 Uhr war der Brand gelöscht. Die Feuerwehren von Dresden, Pirna und der Umgebung waren zur Hilfeleistung erschienen.

Bootsunglück auf der Elbe. Magdeburg, 1. September. Der außerordentlich starke Wind am Sonntag führte zu zwei schweren Bootsunfällen. Ein Segelboot mit zwei Insassen wurde vom Winde umgelegt und begann sofort zu sinken. Da keine Hilfe in der Nähe war, ertranken die beiden Insassen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Salbke. Infolge des Sturmes und des Wellenganges schöpfte ein Boot Wasser und schlug um. Es gelang, die drei Insassen zu retten.

Volkshochschule. Naturkundliche Wanderungen mit Dr. Friedrich A. Bäßler, Abteilung 2. **Sonnabend, den 5. September:** Plauenscher Grund. Treffen: 3,30 Uhr Endpunkt der Linien 1 und 15 in Plauen. — Abteilung 1: Sonntag, den 6. September: Struhtwald-Grillenburger Forst. Abfahrt 7 Uhr 17 Minuten Hauptbahnhof nach Wilsdruff.

Rundfunk

Mitteldeutsche Sender Dresden und Leipzig

Leipzig (Welle 454). — Dresden (Welle 292).

Donnerstag, den 3. September:

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf dem Kantofon der Firma Jul. Heinr. Zimmermann. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Wenstat-Tanz-Orchesters. 6,30—6,45 Uhr: Steuerrundfunk. 6,45—7 Uhr: Reklame-Rundfunk der Leipziger Messausteller. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Joh. Richter, Direktor des Pädagogischen Instituts: „Der Bildungswert der Kunst für die Schulen. 2. Teil." 7,30—8 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Lorey: „Konjunkturforschung." — Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar. (Die Darbietungen finden in dem Besprechungsraum der Firma Adolf Dünnebeil, Weimar, statt). 8,15 Uhr: Bach-Abend. Mitwirkende: Elsbeth Bergmann (Sopran), Prof. R. Reitz (Violine), Dr. Ernst Lakko (Klavier), am Römhild: Dr. Ernst Lakko. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht u. Sportfunkdienst, sowie Bekanntgabe der größten Gewinne der Sächs. Landeslotterie.

Versammlungskalender

Bez.-FAK.-Sitzung. Mittwoch, 2 September, abends 7,30 Uhr im IAH.-Bureau, Dresden, Güterbahnhofstr. 1. Die Frau in Rußland. Ref.: Ein Rußlandbelegierter. 2. Bericht vom Krankenausschuß. Ref.: Genossin Groß.

Bez.-Leitung KPD. Ostsachsen.

UB. Dresden

Achtung! KPD.-Metallarbeiter! Freitag, den 4. Sept., abends 7,30 Uhr im Restaurant „Stadt Braunschweig", Freiberger Platz: **Wichtige Vollversammlung.** Vertrauensleute, Betriebsräte, erscheint vollzählig. Jeder Zellenleiter sorge für zahlreichen Besuch.

Neustadt-Ost

Auf zum Werbeumzug

Heute Mittwoch treffen sich alle Genossen und Genossinnen zum Werbeumzug! **Um 5 Uhr am Bischofsplatz** (an der Uhr). Genossen, die erst später erscheinen können, treffen den Werbezug **5 Uhr am Albertplatz,** von da weiter.

Zellengruppe 2 Neustadt-West-Trachenberge. Freitag, den 4. Sept., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Köpenicker Hof". Referat über Kommunismus und Kirche. Funktionäre haben pünktlich 7 Uhr zu erscheinen.

Stadtgebiet, Zentrum. Die bereits bekanntgegebene Funktionärversammlung findet nicht am Dienstag, sondern erst Mittwoch statt und zwar in „Diesners Restaurant", Freiberger Str., schräg gegenüber dem Postamt.

Stadtgebiet, Zentrum. Donnerstag, den 3. September, 7,30 Uhr abends, findet eine Jugendversammlung im „Bürgergarten", Löbtau statt. Alle Genossen haben ihre Kinder zu schicken.

Dresden Zentrum 3. Distrikt. Donnerstag, 3. Sept., abends 7,30 Uhr Funktionärsitzung im Restaurant Kaiser, Am See.

Südwest. Donnerstag, 3. Sept., 7,30 Uhr im „Bürgergarten", Lübecker Straße: **Jugendversammlung.** Parteigenossen und Sympathisierende willkommen.

KJ. Johannstadt. Unsere Versammlung findet diese Woche am Donnerstag im Restaurant zur Sportecke statt.

Striesener Partei-, Jugend- und Jung-Spartakusgenossen. Am Mittwoch, den 2. September 1925 findet in Leuben, Gasthof „Lindengarten", eine Jugendversammlung statt. Beginn abends 7,30 Uhr. Der Gruppenabend der KJ. fällt aus. Jugendgenossen, erscheint dafür vollzählig am Gruppenlokal (5,30 Uhr) „Glaswaldthof". Wir gehen geschlossen nach Leuben. Bringt Kollegen aus den Betrieben mit.

Achtung! Betriebszellen- u. Ortsgruppen-Leiter des Arbeitsgebietes Leuben. Donnerstag den 3. September, nachmittags 7,30 Uhr, im Restaurant Stern, Leuben, wichtige Betriebszellen- und Ortsgruppenleitersitzung. Es ist Pflicht aller Zellen- und Ortsgruppenleiter, zu erscheinen. Arb.-Geb.-Leitung.

Meißen. Freitag, den 4. September, abends 7,30 Uhr im Gewerkschaftshaus Leninkursus.

KJ. Freiberg. Donnerstag, 3. Sept., abends 8 Uhr in der „Lokomotive" Mitgliederversammlung! Wichtige Tagesordnung: Meißen! Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt Pflicht.

RFB. Abt. 1 (Südwest). Alle Jungstürmer treffen sich Sonnabend nachmittag 5 Uhr Hauptbahnhof zur Fahrt nach Meißen. Die Leitung.

RFB. 2. Abteilung (Zentrum.) Freitag, 4. Sept., Funktionärsitzung bei Milek, Fischhofplatz. Erscheinen aller ist Pflicht. Abrechnung und Uniformfragen. Die Leitung.

RFB. Heidenau. Donnerstag abend 7,30 Uhr im Café Schwäbe Mitgliederversammlung. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

RFB. und Jungsturm, Ortsgruppe Freital. Freitag, 4. Sept., abends 7,30 Uhr wichtige Mitgliederversammlung in Gebauers Gasthof.

Rote Hilfe, Neustadt-Ost. Mittwoch, den 2. September, abends 8 Uhr im „Fichtenhof" wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag, Bericht über Kasse und Organisatorisches, Neuwahl.

Freidenker Laubegast—Tolkewitz. Freitag den 4. Sept., 8 Uhr, im Restaurant „Flora", Laubegast, Leubener Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Heinicke: „Luther und das Proletariat." Da außerdem noch wichtige Punkte zur Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen unbedingte Pflicht.

Freidenker Gittersee—Coschütz. Vorstandssitzung am Donnerstag den 3. Sept., abends 7,30 Uhr, beim Gen. Borkert, Daheimstr. 10. — Mitgliederversammlung am Freitag den 4. Sept., abends 7,30 Uhr, in Hamanns Restaurant Burgk. Tagesordnung: Bericht von der Hauptversammlung vom Delegierten Gen. Lehrer Zinke, Dresden. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Brand-Erbisdorf. Freidenker. Freitag den 4. September, abends 8 Uhr, im Restaurant „Glücksrad Brand" Mitgliederversammlung. — Dienstag den 8. September, abends 8 Uhr, in der Schule zu Brand Lichtbildervortrag. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Seifhennersdorf. Freidenker. Freitag den 4. September, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Krone wichtige Mitgliederversammlung. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

Arbeitersport

Vereine des Bezirks Dresden vom Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Zu einem außerordentlichen Bezirkstag werden die Vereine eingeladen: **Sonnabend, 7,30 Uhr, im Speisesaal des Neustädter Bahnhofes.** Auf 50 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden (über 25 entsenden auch einen Delegierten). **Die Vereine müssen in den bevorstehenden Zusammenkünften, in den Uebungsstunden sofort die Wahlen vornehmen.** Mandate müssen die Vereinsvertreter ausstellen, diese sind am Saaleingang abzugeben. Gäste haben keinen Zutritt. Die Tagesordnung lautet:

Der Dresdner Sportverein und die Rasenspiele.

Die Delegierten wollen pünktlich sein. Es darf kein Verein fehlen.

Fußballsport. Resultate: Zaucherode 1—FTS. 85 1 3:1. FTS. 1. Jg.—DSV. 1. Jg. 2:2. FTS. 2. Jg.—Cossebaude 2. J. nicht angetreten.

Freier Turn- und Sportverein Reick. Donnerstag den 3. 9., nach dem Turnen, Turnerinnenversammlung in der Gartenkolonie Güttlerheim, Gasanstaltstraße. Den 4. 9. nach dem Turnen Turnerversammlung, ebenfalls Gasanstaltstraße. Erscheinen aller wird erwünscht. — Sonntag den 6. September große Vereinspartie nach Kipsdorf. Treffpunkt früh 4 Uhr Reicker Bahnhof. Alle Jugendlichen und Mitglieder haben sich daran zu beteiligen. Gäste sind herzlichst willkommen.

Turn- und Sportverein Bannewitz. Freitag den 4. Sept. Monatsversammlung im Gasthof. Beginn 8,30 Uhr.

Arbeiterradfahrerbund, 11. Bezirk. Altstadt: Mittwoch, den 2. September, Monatsversammlung im Volkshaus. — Cotta: Mittwoch, den 2. September, Monatsversammlung im „Goldenen Anker". — Kaditz: Donnerstag, den 3. September, Monatsversammlung in der „Baubörle". — Kemnitz-Stetzsch: Freitag, den 4. September, Monatsversammlung in „Lindenhof". — Stetzsch-Löbtau-Plauen, Freitag, den 4. September, Monatsversammlung im „Bürgergarten", Lübecker Straße. — Neustadt: Mittwoch, den 9. September, Monatsversammlung im „Königswald". — Striesen-Johannstadt: Dienstag, den 8. September, Monatsversammlung im Restaurant „Zum Landsknecht". — Süd: Sonnabend, den 12. September, Monatsversammlung im „Elsenhof". — Sonnabend, den 5. September, Bezirkswanderabend nach dem Gasthof Niederwartha. Es soll eine Lampionfahrt werden. Dazu holen die Abteilungen am Freitag abends von 5,30 Uhr bis 7 Uhr in der „Frischauf-Schänke" die dazu benötigten Lampions ab. Jede Abteilung fährt bei Eintritt der Dunkelheit von ihrem Abteilungslokal ab nach Niederwartha. Jeder Mitfahrer versehe sich mit etlichen Reservelichten. Im Gasthof Niederwartha geselliges Beisammensein und Tänzchen. Für Angehörige und Nichtradfahrer günstige Bahn- und Straßenbahnverbindung. — Kaditz: Sonntag, den 6. September, Nachmittagstour: Borsberg-Pillnitz. Abfahrt 12,30 Uhr. Führer Genosse Barth jun. — Löbtau: Sonntag, den 6. September, Nachmittagstour: Pirna-Doberzeit. Abfahrt 1 Uhr vom „Bürgergarten". Lampen mitnehmen. Gäste sind herzlichst willkommen. — Neustadt: Sonntag, den 6. September, nach Burgk-Gittersee zur Korsofahrt. Abfahrt vormittags 11 Uhr vom Abteilungslokal. Tour nach dem Buschhaus fällt aus. — Motorfahrer: In letzter Abteilungsversammlung ist beschlossen worden, die Monatsversammlung auf Mittwochs zu verlegen. Nächste Versammlung also Mittwoch, den 9. September in der „Frischauf-Schänke". — Sonntag, den 13. September stellen alle Abteilungen zum Korso in Pirna eine Bannergruppe. Auch sämtliche Reigenfahrer haben den Korso mitzufahren.

Arbeiter-Radfahrer Freital-Deuben. Donnerstag, 3. Sept., Versammlung bei Krille. Bericht von der Harzwanderfahrt. Sonntag, 6. Sept., Ausfahrt in die Klippermühle, Tharandt. Halbtagestour. (Frühschoppen.) Gäste willkommen. Abfahrt früh 7 Uhr vom Sachsenplatz. Versammlungsbeginn 7,30 Uhr.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Zschachwitz. Donnerstag, den 3. September, abends 7,30 Uhr im Sportheim: Uebungsabend. Vortrag über Krankheitserscheinungen und erste Hilfe. Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Gäste willkommen.

Freie Turnerschaft Friedersdorf b. Zittau. Zu dem am Sonntag, den 30. August, ausgetragenen Fußballspiel wurden folgende Resultate erzielt: Friedersdorf 1—Dittelsdorf 2 47:75, Friedersdorf 1—Schlegel 1 82:71, Friedersdorf 2—Dittelsdorf 2 58:81, Friedersdorf 2—Schlegel 1 69:74, Schlegel 1—Dittelsdorf 2 65:74.

Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale

an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD.

An die Partei! An die Arbeiterschaft!

Genossen!

Wir veröffentlichen heute den Offenen Brief der Exekutive der Komintern, der Delegation und des ZK. der KPD. an die deutsche Parteimitgliedschaft. Wir fordern jeden Parteigenossen auf, diesen Brief in allem Ernst und mit dem vollen Gefühl seiner Verantwortlichkeit zu lesen.

Die Beschlüsse der Exekutive sind von größter Tragweite für die Zukunft der Partei. Die Kommunistische Internationale kritisiert mit bolschewistischer Offenheit die Fehler der bisher leitenden Gruppe unserer Parteiführung. Die Delegation der KPD. hat nach ausführlichen, tagelangen Beratungen mit der Exekutive diesen Beschlüssen sowie dem heute veröffentlichten Brief einstimmig und ohne jeden Vorbehalt zugestimmt. Das Zentralkomitee der KPD. hat ihn in seiner Plenarsitzung gleichfalls vorbehaltlos angenommen.

Die Partei muß nicht nur ihre Fehler bis zu Ende aufdecken und ausmerzen, sondern sie muß daraus zugleich die Konsequenzen, die Lehren für ihre künftige Politik ziehen. Sie muß dies einheitlich und geschlossen, ohne Schwankungen und falsche Rücksichten, tun. Dann hat sie Garantie, daß ihre politische Umstellung ohne jeden Schaden für die Erfüllung ihrer großen praktischen Aufgaben, ohne jede Gefahr einer „Parteikrise" erfolgen wird.

Die Feinde des Leninismus in allen Lagern werden in Triumphgeschrei ausbrechen. Sie werden zum tausendsten Male den Kommunismus totsagen. Das wird uns keinen Augenblick verwirren. Jeder Grabspruch der Feinde muß ein neuer Kampfruf für die Kommunisten sein.

Keine Partei der Welt vermag so offen vor allen Werktätigen ihre eigenen Fehler bloßzulegen wie die Partei der Kommunisten. Wir verstecken unsere Blöße nicht in Geheimkabinetts wie die sozialdemokratischen Führer, nicht in Kommissionssitzungen wie die Zweite Internationale.

Wir scheuen weder die Selbstkritik noch die Kritik der Arbeiterklasse, denn wir sind Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut der Arbeiterklasse.

Wir sagen klar und deutlich: Nicht um Personen handelt es sich, sondern um die Sache der Partei und der Revolution, wenn wir aus eigenen Kräften, unter Führung der Kommunistischen Internationale die Abweichungen von der Linie des Bolschewismus richtigstellen.

Die Partei muß brechen, endgültig brechen mit einem System, das uns von den großen Massen des Proletariats getrennt und bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Wir sprechen offen aus, daß wir in dieser Beziehung unsern politischen Kurs ändern. Mögen unsere Gegner hoffen, mögen sogar einige Stimmen in unseren eigenen Reihen behaupten, die Partei vollziehe eine Aenderung „nach rechts", zum „Opportunismus" die Feinde werden am eigenen Leibe das Gegenteil spüren und alle ehrlichen Parteimitglieder werden sich in der Praxis vom Gegenteil überzeugen.

Die KPD. ändert ihre Linie nicht nach rechts, sondern in der Richtung zum Bolschewismus — neben dem es, außer hohlen Phrasen, keine „linkere" Politik geben kann.

Die KPD. ändert ihre Linie, indem sie sich noch stärker, entschlossener und bewußter als bisher auf die proletarischen Massen, auf die Millionen nichtkommunistischer, parteiloser, sozialdemokratischer, freigewerkschaftlicher Arbeiter orientiert. — Sie rufen wir auf, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen.

Unter dieser Losung: Mit ganzer Kraft vorwärts!
Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Sektion der Kommunistischen Internationale.

Der Text des Briefes der Exekutive.

Werte Parteigenossen!

Schon während der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive — März-April 1925 — und kurz danach haben wir zusammen mit der Vertretung der Kommunistischen Partei Deutschlands ausführlich die Fragen besprochen, in denen unserer Meinung nach die größten Mängel der Parteiarbeit zum Ausdruck gekommen sind. Die wichtigste Frage — die Frage der deutschen Partei — war damals und ist auch jetzt — das Problem der Steigerung der Werbekraft unserer Partei, das Problem der Eroberung der Massen und besonders der Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Vom diesem Standpunkt aus haben wir unsere allgemein-politische Linie bestimmt, von diesem Standpunkt aus haben wir die anderen Fragen betrachtet. Dazu gehören u. a. folgende Aufgaben: die Arbeit in den Gewerkschaften; die Ueberzeugung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft (Fragen der Propaganda, „andere Tone" usw.; „Normalisierung" des Parteilebens, innere Parteidemokratie, Ausnutzung der ehemaligen Opposition, Diskussionsfreiheit, Wählbarkeit der Parteifunktionäre, Heranziehung neuer führender Kräfte usw.), was für uns auch als Voraussetzung des richtigen Verhältnisses zu den außerparteilichen Massen gilt; **die Liquidation des versteckten Kampfes gegen die Internationale** (Liquidierung der Praxis der sogenannten selbständigen Emissäre in anderen Parteien, ehrliche Durchführung der wirklich bolschewistischen Linie).

Vor dem Parteitage haben die Vertreter der Exekutive noch einmal mit der Vertretung der deutschen Partei verhandelt, zwar nicht vollkommen offiziell, das war auf Wunsch der deutschen Vertretung.

In diesen Verhandlungen wurden die drei wichtigsten Fragenkomplexe besprochen.

Erstens: Die Exekutive hat darauf hingewiesen, daß bei der führenden Gruppe Ruth Fischer—Maslow einige rechte Abweichungen vorhanden sind, eine zu parlamentarische Einstellung usw.

Zweitens: Man hat beschlossen, eine **wirkliche Wendung in der Gewerkschaftsfrage** zu machen und demonstrativ auf dem Parteitag eine starke, arbeitsfähige Gewerkschaftsabteilung zu wählen, bzw. den entsprechenden Auftrag der neuen Parteizentrale zu geben.

Drittens bestanden die Vertreter der Exekutive darauf, daß in die Zentrale neue führende Arbeitskräfte, insbesondere mit der Gewerkschaftsarbeit vertraute Genossen, darunter auch einige oppositionelle Genossen, zu wählen sind. Nicht deswegen, um die Partei nach „rechts" zu schleppen, wie es bewußt falsch behauptet wird, sondern um einen Zutritt zu den schwankenden Mitgliedern der Partei zu verschaffen.

Ueber die Zusammensetzung der Parteizentrale hat die Exekutive dreimal nachträglich Anfragen erhalten und dreimal ihre Ratschläge bestätigt.

Auf dem Parteitage selbst wurden diese Beschlüsse größtenteils nicht durchgeführt. Die Gruppe der Genossin Ruth Fischer hat nicht nur die Beschlüsse sabotiert, sondern auch eine derartige Behandlung der Delegation der Exekutive hervorgerufen, daß die letztere gezwungen wurde, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Am Schlusse des Parteitages wurde ein Bündnisangebot der Gruppe Scholem—Rosenberg gegen die Exekutive stillschweigend angenommen, was prinzipienlos war, da politisch der Parteitag im Geiste des Kampfes gegen die Ultralinke geführt worden war. Analog damit wurde ein Konflikt mit der Vertretung der Jugendinternationale hervorgerufen und die internationale Jugendkonferenz, an der die Vertreter von 13 Ländern teilnahmen, hat offiziell dagegen Stellung genommen und die entsprechende Appellation an die Exekutive gerichtet.

Damit wurde eine schwere Krise geschaffen. Die erste Delegation, die zu uns kam mit der Direktive, die Deravouierung der EKKJ.-Delegation zu fördern, mußte nach heftiger Diskussion anerkennen, daß die Exekutive recht hat. Die gelaufte Delegation hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Kritik seitens der EKKJ. für richtig hält, das Auftreten der EKKJ.-Delegation für richtig hält und die politische Linie der Jugendvertretung, sowie auch die der Internationalen Jugendkonferenz, unterstützt.

Inzwischen wurde — auf Wunsch der deutschen Delegation — beschlossen, die größere Vertretung kommen zu lassen. Mit allen möglichen Mitteln verzögerte Genossin Fischer deren Ankunft.

Die zweite Delegation teilte sich in zwei Gruppen. Die Genossin Ruth Fischer kämpfte zuerst gegen die Kritik der EKKJ., aber nach langen Diskussion in der Kommission des EKKJ., in der die Vertreter aller wichtigen Parteien vorhanden waren, hat auch sie eine Erklärung abgegeben, in der sie die Richtigkeit der Kritik des EKKJ. anerkennt.

Dies ist kurz der Tatbestand. Wir wollen aber einige Erläuterungen dazu bringen, um den deutschen Genossen den Standpunkt der KI. klarzumachen.

1. Allgemeine Lage.

Die weltpolitische Situation kann man als sehr kritisch betrachten. Trotz der relativen Stabilisierung in Mitteleuropa lieben die wichtigsten Widersprüche des modernen Kapitalismus unter dem Zeichen der größten Spannung. Das stürmische Wachstum der Sowjet-Union und der Aufschwung in England, die Erfolge der internationalen roten Einheitsfront (englisch-russischer Gewerkschaftsblock und der Kampf um die Einheit; die deutschen und anderer Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland; die Arbeiter- und Bauern-Kongresse in Frankreich; die Revolutionierung der englischen Arbeiterbewegung überhaupt usw.), sowie auch die unerhörte Verschärfung der kolonialen und halbkolonialen Freiheitskämpfe (Marokko, Syrien, besonders aber China); andererseits die Konzentration der imperialistischen Kräfte gegen die Sowjet-Union (der militärisch-diplomatische „Ring" um Moskau; Hetze in der bürgerlichen Presse; englische Politik und der Garantiepakt; Kriegs- und Blockade-Vorbereitungen; das Auftreten von Kautsky und der sozialdemokratischen Presse usw.) — alles das sind die Symptome der allgemeinen Verschärfung der Lage.

Als sehr wichtige Erscheinung in diesem Komplex ist die Neu-Orientierung Deutschlands nach Westen zu bezeichnen. Diese Orientierung schafft eine andere allgemeine Stimmung im Volke und teilweise findet sie auch ihre Widerspiegelung in den am wenigsten klassenbewußten Teilen des Proletariats.

Damit sind in der deutschen Arbeiterschaft zwei Prozesse zu bemerken: erstens, neue Welle der Sympathie zur Sowjet-Union; die sozialdemokratischen Arbeiter beginnen sich zum Kommunismus zu entwickeln, zwar nicht direkt zur Kommunistischen Partei, sondern auf Umwegen und in neuartiger Weise, die die Partei einzuschätzen lernen soll. Das typische Beispiel sind die Arbeiterdelegationen.

Andererseits ist in gewissen — wenn auch kleinen — korrumpierten Teilen der Arbeiterschaft ein Wachstum der sogenannten „antimoskowitischen" Tendenzen zu verzeichnen, die der Ausdruck der neuen Orientierung der Bourgeoisie sind. Dieser Prozeß ist teilweise auch in der KPD. vorhanden. Die sogenannte ultralinke Tendenz ist manchmal nur ein Deckmantel für die sozialdemokratischen, reformistischen, „levitischen" Stimmungen, die sich in einen direkten Verrat an der internationalen Arbeiterklasse zu verwandeln drohen. Diese beiden Prozesse sind internationaler Natur und deswegen besonders wichtig.

Zweifellos bestanden eine Reihe erschwerender Umstände, als die Linke die Parteiführung übernahm: Oktoberniederlage, sechs Monate Illegalität, Macdonald-Regierung, Linkswahlen in Frankreich, Dawes-Gutachten und die daraus folgenden reformistischen Illusionen in breiten Arbeiterschichten. Trotzdem wären die bis zu einem gewissen Grade unvermeidlichen Verluste der Partei nicht so stark gewesen, wenn die Führerschaft der Partei nicht die erwähnten schweren Fehler begangen hätte.

Trotzdem müssen wir hier konstatieren, daß die erwähnte Führergruppe der Parteizentrale keineswegs gewußt hat, richtig auf die neuen Prozesse in der Arbeiterschaft zu reagieren. Bei einer keineswegs schlechten Allgemeinlage bleibt die Zahl der Parteimitglieder bestenfalls stabil; ernster Rückgang in den Gewerkschaften; starke Verluste bei den politischen Wahlen; ungenügende Entwicklung der Werbekraft der Partei, trotz der scheinbaren Einheit, die keineswegs eine bolschewistische Einheit ist — dazu ist man jetzt gekommen. Die Parteiführung wußte nicht, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zu gewinnen.

Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow verstand nicht, energisch gegen die „ultra-linken", in Wirklichkeit aber antikommunistischen Tendenzen zu kämpfen und unterstützte sogar diese Tendenzen, indem sie eine höchst zweideutige Rolle in den internationalen Fragen spielte.

2. Die Gewerkschaftsarbeit, die Komintern und die führenden Gruppen der Parteizentrale.

Diese Mängel der Führung kamen in der Frage der Gewerkschaften besonders kraß zum Ausdruck. Bereits auf dem Frankfurter Parteitag (1924), auf dem der Sieg der deutschen Linken über den Brandlerismus entschieden wurde, entstanden starke Differenzen zwischen der Exekutive und der neuen deutschen Parteileitung in der Gewerkschaftsfrage. Die führende Gruppe Maslow-Ruth Fischer wandte sich zwar gegen die gröbsten Vorstöße der ultralinken Leiter der Arbeit in den reformistischen Verbänden, aber sie bewiesen durch die Halbheit der Beschlüsse (z. B. in der Frage der unabhängigen Verbände), daß sie den eigentlichen Kern und die ganze Größe des Problems unserer Gewerkschaftsarbeit nicht begriffen haben. Dieses Unverständnis für die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit hatte praktisch monatelang eine mangelhafte Durchführung der Beschlüsse der Komintern durch die Gruppe Maslow-Ruth Fischer zur Folge. Ein vertrauliches Telegramm der Exekutive nach dem Frankfurter Parteitag wurde in einem Zirkular an alle Bezirkssekretäre gesandt, um sie zum Protest gegen die Exekutive aufzureizen; die gewerkschaftsfeindliche Propaganda in den Reihen der Partei wurde bis zum 5. Weltkongreß nicht genügend bekämpft.

Der 5. Weltkongreß stellte zum ersten Male die Losung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf die Tagesordnung. Er betrachtete diese neue Losung als Grundelement unserer gesamten bolschewistischen Strategie, deren nächstes Ziel die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist. In diesem Zusammenhang analysierte der 5. Kongreß die Mac Donald-Regierung als das, was sie war: als die, wenn auch falsche reformistische — Widerspiegelung eines tiefen, historischen Entwicklungsprozesses der englischen Arbeiterklasse.

Die deutsche Delegation unter Führung Ruth Fischers bekämpfte auf dem 5. Weltkongreß zunächst den Vorschlag der Exekutive. Dabei wurde der versteckte Anwurf erhoben, der Kampf um die internationale Gewerkschaftseinheit sei nur ein „Schachzug der russischen Außenpolitik", der Versuch einer Annäherung an die sozialdemokratische Mac Donald-Regierung.

Erst nach langen Verhandlungen ließ sich die Delegation von der Haltlosigkeit ihrer Politik überzeugen. Die Beschuldigung, der Kampf um die Gewerkschaftseinheit beruhe auf einem diplomatischen Spiel der russischen Außenpolitik, läßt sich nur aus einer im Grunde antibolschewistischen, sozialdemokratischen Mentalität der führenden Gruppe erklären. Die gleiche Beschuldigung wurde von Mac Donald selbst, sowie von allen englischen und internationalen Sozialverrätern erhoben, um den Kampf um die Gewerkschaftseinheit zu diskreditieren.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Bestandteil der bolschewistischen Strategie gegenüber der Mehrheit der internationalen Arbeiterklasse. Wer sie nicht begriffen hat, kann und kann die gesamte weltpolitische Konstellation der Gegenwart nicht richtig einschätzen und noch weniger die Taktik der Kommunisten im eigenen Lande mit ganzer Kraft durchführen.

Der Verständnislosigkeit der führenden Gruppe gegenüber der internationalen Gewerkschaftskampagne entsprachen die schweren Fehler und Versäumnisse ihrer Gewerkschaftsarbeit in Deutschland selbst.

Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses in der Gewerkschaftsfrage wurden allzusehr auf dem Wege des mechanischen Drucks und der Androhung von organisatorischen Maßnahmen „durchgeführt".

Dagegen war die wirkliche Aufklärungsarbeit, die ideologische Erziehung der Parteimitglieder zum Verständnis unserer Gewerkschaftspolitik, die Ausarbeitung einer positiven politischen Linie innerhalb des ADGB. äußerst mangelhaft.

So verstärkten sich die schweren Verluste, die unsere Partei im letzten Jahre auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit erlitt. Während die Opposition auf dem letzten ADGB.-Kongreß (1925) 88 Delegierte zählte, ist sie auf dem diesjährigen Kongreß nur durch 2 Delegierte vertreten. Wir haben eine Reihe von Zahlstellen und Ortskartellen verloren. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ideologisch und vor allem organisatorisch ist unser Einfluß auf die mehr als 80 Prozent parteilosen Mitglieder der deutschen freien Gewerkschaften aufs stärkste zurückgegangen. Obwohl eine Reihe von objektiven Umständen (die veränderte politische Lage, die Massenausschlüsse, die reaktionären Statuten und Wahlbestimmungen der Gewerkschaften) gleichfalls zu den Ursachen unserer Verluste gehören, spielen die Fehler und Versäumnisse der führenden Gruppe der Parteileitung eine entscheidende Rolle dabei.

Die Fehler unserer Gewerkschaftsarbeit bestehen vor allem in dem Unvermögen, die uns günstigen Stimmungen und Strömungen breiter Arbeiterschichten politisch-organisatorisch zu erfassen und festzuhalten. Seit einigen Monaten zeigt sich das langsame Wiedererwachen der politischen Aktivität großer Teile der deutschen Arbeiterschaft (Bauarbeiterstreik und andere Lohnkämpfe in den verschiedensten Industriezweigen, Holzarbeiterkampf, machtvolle Demonstrationen in vielen Großstädten, erfolgreiche Rote Tage usw. usw.). Die Parteileitung verstand es nicht, auf diese neuen Erscheinungen zu reagieren, vor allem nicht, sie für unsere Gewerkschaftsarbeit auszuwerten.

Wir erwähnten schon, daß die Gruppe der Genossin Ruth Fischer die frühere Gewerkschaftsabteilung der Zentrale in leichtfertiger Weise auflöste. Die ausdrückliche Zusage des Vertreters der Zentrale, auf dem 10. Parteitag die erneute Bildung einer starken Gewerkschaftsabteilung vorzuschlagen, wurde nicht eingehalten. Für dieses Versäumnis lassen sich nur zwei Erklärungen finden: entweder die führende Gruppe hat vergessen, den Beschluß der Komintern durchzuführen, oder sie wollte ihn nicht durchführen. Im ersten Falle hat sie nicht weniger als eine der wichtigsten organisatorisch-politischen Parteiaufgaben vergessen, im zweiten Falle hat sie den Willen der Kommunistischen Internationale sabotiert. In beiden Fällen hat sie vor der Partei und der Internationale eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Einer der Gründe für das Versagen der führenden Genossen dieser Gruppe in der Gewerkschaftsfrage ist der Mangel an Glauben an die politische Kraft und Aktivität der Massen sowohl der eigenen Parteimitglieder als auch der gesamten Arbeiterklasse. Dieser Pessimismus, der alles anderes als Bolschewismus ist, einzelner führender Genossen kommt beispielsweise in folgenden Ausführungen zum Ausdruck:

„Wenn man absieht von den Spitzenfunktionären und sich die Mühe nimmt, hinunterzusteigen in die Mitgliedschaft, wird man sehen, daß unsere Proleten im Betrieb sich unsicher fühlen in der Verteidigung der Kommunistischen Partei. Sie fühlen sich nicht als die Sieger der Zukunft, sondern als die Traditionsleute, die dabei sind, weil es anständig ist." (Rede der Genossin Ruth Fischer auf dem Zentralausschuß vom 9./10. Mai 1925, vergl. Protokoll in der Broschüre „Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD.", Seite 35.)

Wir sind fest überzeugt, daß diese Aeußerungen eine Geringschätzung der Kommunistischen Partei Deutschlands sind, die trotz aller Mängel ihrer Spitze zu den gesündesten, besten proletarischen Sektionen der Komintern gehört.

Noch krasser ist der Hinweis in der Rede Ruth Fischers (in der deutschen Kommission des Präsidiums), daß die Massen aus dem Alltag fliehen, Soldaten spielen":

„Ich glaube, daß die Ursache der Schwierigkeiten aus zwei Hauptquellen kommt, die aber im Zusammenhang miteinander stehen. Erstens aus einer versteckten Liquidatorenstimmung tief in der Masse der Mitgliedschaft, die sagt: Wir haben keinen Sieg errungen, wozu sollen wir uns plagen, eine Kommunistische Partei aufzubauen. Wir können ebenso gut Massenkampf in der Sozialdemokratie machen. Als Beispiel, als Beweis dafür gilt, daß unsere Parteigenossen mit geradezu leidenschaftlicher Begeisterung Demonstrationen und Roten Frontkämpferbund machen. Warum? Weil sie sich damit vorspiegeln, daß sie an der Eroberung der Macht stehen, daß sie damit spielen können.

Revolution zu machen, ohne die kleine Organisationsarbeit zu leisten. Meine Ueberzeugung ist, daß der Demonstrationscharakter überwiegt, weil unsere Leute sich flüchten in diese Demonstrationen, um die tägliche Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben nicht machen zu müssen."

Diese Auffassungen haben weder mit einer richtigen Einschätzung der realen Lage noch gar mit dem Bolschewismus irgend etwas gemeinsam. Sie sind ein Versuch, die Selbstkritik der führenden Gruppe durch eine falsche Kritik an der gesamten Parteimitgliedschaft zu ersetzen. Diese Geringschätzung der Parteimitglieder und der Arbeitermassen ist ein weiterer Schlüssel für die Fehler der erwähnten Genossen auch in der Gewerkschaftsarbeit.

Im Gegensatz zu diesen Abweichungen besteht die Aufgabe der Führung gerade darin, daß Vertrauen der Partei in ihre eigene Kraft und in alle gesunden Kräfte der Arbeiterklasse zu stärken, ihren Kampfgeist zu wecken, in ihnen das Bewußtsein ihrer wachsenden Stärke wachzurufen.

3. Das Verhältnis zur Kommunistischen Internationale.

Die großen politischen Strömungen in der Arbeiterklasse bleiben auch auf die Partei der revolutionären Vorhut des Proletariats nicht ohne Einfluß. Der Drang, immer breitere Arbeiterschichten zum Zusammenschluß mit der siegreichen Arbeiterklasse der Sowjetunion spiegelt sich in unseren eigenen Reihen in der Durchdringung mit dem Leninismus, mit den Erfahrungen der Bolschewiki wider. Umgekehrt finden die Schwankungen und Verrätereien gewisser, von der bürgerlichen Antimoskau-Hetze beeinflußter Arbeitergruppen ihre letzte Ausstrahlung in den „antimoskowitischen", d. h. gegen die Sowjetunion, gegen die KPD. und gegen die Komintern gerichteten Tendenzen innerhalb unserer Partei.

Diese Gefahr ist in der KPD um so größer, als alle ihre heutigen Richtungen und Schattierungen ohne jede Ausnahme noch stark der Wirkung sozialdemokratischer, „westeuropäischer" Traditionen unterliegen.

Jede bisherige Abweichung von der kommunistischen Politik begann in Deutschland mit einer Attacke gegen Sowjetrußland, die KPD., die Komintern. Die siebenjährigen Erfahrungen der deutschen Revolution lehren, daß alle derartigen Abweichungen ganz gleichgültig, ob sie rechts oder „links" maskiert waren, sich entweder direkt zur Sozialdemokratie entwickelten, oder faktisch ein Bündnis mit ihr eingingen. Das gilt für die KAPD., für Levi, für Friesland, für einige Brandlerianer, für die Schuhmacher-Gruppe usw.

Die Veränderung der politischen Situation, der endgültige Uebergang der deutschen Bourgeoisie zur westlichen Orientierung, die bis zum Gipfelpunkt gesteigerte Rußlandhetze der Sozialdemokratie macht gegenwärtig die Gefahr antibolschewistischer Abweichungen in der KPD. größer und akuter denn je.

Die ultralinke Gruppe Scholem, Rosenberg, Katz, die der Komintern und ihren wichtigsten Parteien „Opportunismus" vorwirft, hat nicht nur nichts mit dem Leninismus gemeinsam, sondern tritt sowohl in ihrem Verhältnis zur Komintern, als auch in ihrer Stellungnahme zu den Problemen der deutschen Revolution ausgesprochen antibolschewistischen Charakter.

Gefährlicher, im Wesen sozialdemokratische Abweichungen solcher Art bestehen jedoch nicht nur bei der offiziellen ultralinken Gruppe, sondern sie finden sich auch bei den führenden Personen der Gruppe Maslow-Ruth Fischer. Die Schriften des Gen. Maslow können nicht als ein Beitrag zur ernsten, gewissenhaften, theoretischen Erziehung der Partei im Geiste des Leninismus gewertet werden. Namentlich seine letzten literarischen Arbeiten sind ein versteckter, äußerst gefährlicher Angriff gegen die Grundlagen des Leninismus und gegen die gesamte Politik der Komintern in der gegenwärtigen Periode.

In seinem Buch „Die zwei Revolutionen des Jahres 1917" (Band 1, 4. Lieferung, S. 45 ff.) schreibt Gen. Maslow folgendes über den 3. Weltkongreß der KI.:

„Auf dem Dritten Weltkongreß sind meiner festen Ueberzeugung nach so große Fehler gemacht worden, daß er den europäischen (!!) Parteien weit mehr Schaden als Nutzen gebracht hat. Ganz sicher gilt das für die KPD. . .

Auf dem Dritten Weltkongreß wurde eine Generalattacke gegen die Linken geritten, die bis zur Lächerlichkeit ging: hatte doch Gen. Trotzki sogar in der Partei Frankreichs . . . in der KPD. . . auch höchst akute „Linksgefahren" entdeckt. Bedauerlicherweise beging Genosse Lenin den gleichen Fehler. Es ist das der einzige Fehler, der mir (!) von seiten Lenins in der Behandlung der Partei bekannt ist. So den Charakter einer Partei wie der KPD. mit ihren starken sozialdemokratischen Traditionen zu verkennen, insbesondere unter richtig erkannten objektiven Bedingungen, die gar keine Gelegenheit zu linken Exzessen geben . . . Der Dritte Kongreß gab sachlich Levi recht. . . .

Der Kongreß stieß die deutsche Partei ebenso wie die französische nach rechts, löste eine schwere und langandauernde Liquidatorenkrise aus."

Die Exekutive erklärt vor der ganzen Kommunistischen Internationale, daß dieser ungeheuerliche Angriff gegen Lenin und den Leninismus um keinen Preis geduldet werden kann.

Der Vorwurf, die Komintern habe nicht nur die Kritik Lenis an einigen ultralinken Fehlern der Partei anerkannt, sondern sie habe der sektiererischen Renegatengruppe „sachlich Recht gegeben", sie habe auf dem Dritten Kongreß die „europäischen Parteien" in den Opportunismus „gestoßen", er habe in der deutschen Partei das Liquidatorentum „ausgelöst", ist eine Wiederholung dessen, was Pjatakow und die inzwischen bei der Konterrevolution gelandeten KAPD.-ler im Jahre 1921 sagten. Genosse Maslow versucht, dem angeblichen „Opportunismus" Lenins einen „reinen", „linken", speziell „westeuropäischen" Kommunismus entgegenzustellen. Das entspricht genau der Plattform Paul Levis, Frolichs, Höglunds und aller Feinde des Leninismus.

Unter dem Pseudonym eines Kampfes gegen den Trotzkismus und gegen den Renegaten Levi richtet Maslow seinen Vorstoß gegen Lenin, der „den Charakter der KPD. verkannt" haben soll. Unter dem Mantel des Kampfes gegen die „westeuropäischen", d. h. antibolschewistischen Abweichungen vom Kommunismus propagiert Maslow einen „westeuropäischen Kommunismus" schlimmster Sorte.

Es ist kein Zufall, daß Genosse Maslow heute, im Jahre 1925, gerade den Dritten Weltkongreß zum Ziele seiner Attacke macht.

Der Dritte Kongreß verkörpert gerade das konkrete Glied in der Kette der Entwicklung des Leninismus und der Komintern, das in der gegenwärtigen Situation für alle Kommunistischen Parteien, in erster Linie aber für die deutsche, von größter unmittelbarer, praktischer Bedeutung ist. Der Dritte Weltkongreß fand an einem Wendepunkt der internationalen proletarischen Revolution statt, im Moment des Uebergangs von der Periode des stürmischen revolutionären Aufstiegs in den Nachkriegsjahren 1919 und 1920, zur Periode der verlangsamten revolutionären Entwicklung von 1921 bis 1925 — und darüber hinaus. Aus der neuen Einschätzung der Weltlage zog der Dritte Kongreß unter Führung Lenins neue Konsequenzen für die Taktik aller Kommunistischen Parteien.

Während der 1. und der 2. Weltkongreß die Strategie und Taktik der Komintern nur in ihren allgemeinen Umrissen bestimmte, erarbeitete der 3. Kongreß die konkrete Politik der Kommunistischen Parteien in der gegenwärtigen Uebergangsperiode zwischen zwei Revolutionen heraus. Er stellte in den Mittelpunkt unserer Politik die Losung: „Heran an die Massen", d. h. den Kurs auf die Gewinnung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterklasse. Damit schuf er den Anfang der bolschewistischen Einheitsfrontaktik, die die Achse unserer gegenwärtigen Politik bildet.

Wer — wie Genosse Maslow — diesen wichtigsten Wendepunkt unserer Taktik verleugnet, wer ihn als „Rechtsschwenkung" diskreditiert, wer ihn als Konzession an den Trotzkismus oder an den Renegaten Levi verspottet, der greift die Grundlagen der Komintern an.

Die praktischen Konsequenzen aus der falschen Theorie des Gen. Maslow sind unvermeidlich. Wenn man die Basis der Einheitsfrontaktik streicht, müssen ihre Resultate in der Praxis Null sein. Wenn man behauptet, „Lenin habe den Charakter der Kommunistischen Partei Deutschlands verkannt", kann man diese Partei nicht im Geiste des Leninismus führen. Die Ideologie des Genossen Maslow steht nicht nur in taktischem, sondern in prinzipiellem Gegensatz zum Leninismus. Sie ist eine der Wurzeln des Widerstandes, der sich innerhalb der KPD. nach heute der Taktik der Komintern entgegenstellt. Sie ist eine der Wurzeln des jahrelangen Unverständnisses, das die führende Gruppe der deutschen Zentrale bis heute der Gewerkschaftsarbeit, diesem Kern unserer Politik, entgegenbringt. Sie ist schließlich eine der Wurzeln des fortgesetzten Kokettierens mit den ultralinken Gruppen von seiten ihrer angeblichen „Bekämpfer", mit den Genossen Maslow und Ruth Fischer an der Spitze.

Das Verhältnis der Gruppe des Gen. Maslow zur Komintern ist seit dem 3. Weltkongreß ein unrichtiges, unbolschewistisches. Auf dem Jenaer Parteitag bekämpfte diese Gruppe den Standpunkt Lenins und der Exekutive. Sie kritisierte nicht nur — und dies mit vollem Recht — die opportunistische Verdrehung der Einheitsfrontaktik durch die Brandlerianer, sondern sie erhob auch alle möglichen Bedenken und Vorbehalte gegen die richtige Einheitsfrontaktik der Komintern, sowie gegen die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung". Die antibolschewistischen Tendenzen besaßen bis vor kurzem maßgebenden Einfluß in ihrer Mitte. Nicht ungestraft bildete die Gruppe Maslow-Ruth Fischer, trotz aller Warnungen der Komintern, bis vor fünf Monaten eine feste Einheit mit der Gruppe Scholem-Rosenberg-Katz. Auch auf dem Frankfurter Parteitag zeigten sich „antimoskowitische" Vorstöße gegen die Komintern (in der Gewerkschaftsfrage, der Frage der Zusammensetzung der Zentrale u. a.). Im Verlaufe des letzten Jahres entsandte Gen. Ruth Fischer, trotz des Einspruchs der Exekutive, mehrfach Emissare in verschiedene Sektionen der Komintern, deren „Mission" darin bestand, auf fraktionellem Wege die Taktik der Exekutive zu ändern. Das Resultat dieser Reisen war, daß die deutsche Partei in den Brudersektionen der Komintern diskreditiert, ihnen entfremdet wurde.

Besonders scharf kamen diese Tendenzen auf dem letzten Parteitag zum Ausdruck. Alle Vorschläge der Exekutive in der Gewerkschaftsfrage und in der Zentralfrage wurden trotz der gegebenen Zusagen abgelehnt. Von der versprochenen demonstrativen Wendung in unserer Gewerkschaftspolitik war — außer in dem Referat des Gen. Thälmann — keine Rede auf dem Parteitag.

Allen Delegierten des Parteitages wurde durch die Zentrale eine Sondernummer des Berliner „Funken" überreicht, deren Hauptinhalt ein — „diplomatischer" — Angriff Maslows gegen die Komintern bildet. In diesem Artikel „Einige Bemerkungen über unsere 10 Parteitage" schreibt Maslow u. a.:

„Die spätere Linke der KPD. hat vor dem 4. Weltkongreß in diesem Sinne und mit vollem Recht die Forderung „Zurück zum 2. Weltkongreß" erhoben. In dem schon erwähnten Erinnerungsbuch erzählt Genossin Zetkin, Lenin habe sich über diese „Dummheit" lustig gemacht. Ich zweifle nicht daran, da ich mir vorstellen kann, wie ihm diese Losung dargestellt und ausgelegt worden ist. . . .

Nicht umsonst hat der 4. Kongreß, trotz des Spotts Lenins, die 21 Bedingungen ausdrücklich erneut bestätigt, und nicht umsonst mußte der 5. Weltkongreß . . . bewußt und betont auf die Grundlage des zweiten zurückgreifen . . ."

Maslow versucht hier abermals durch die demagogische Gegenüberstellung des 2., 4. und 5. Weltkongresses einerseits, des 3. andererseits, die Einheit der politischen Entwicklung der Komintern ideologisch zu zerstören und die Grundlagen der kommunistischen Politik in der gegenwärtigen Periode zu diskreditieren. Maslow stellt ferner die unwahre Behauptung auf: „Leider wurden die Leniten geradezu unterrichtet von den russischen Genossen."

Dieser Hetze gegen die „russischen Genossen" folgt in Maslows Artikel die ebenfalls gefährliche Legende, daß „die Leniten sich in Moskau (!) auf dem Kongreß mit Recht als Sieger betrachteten".

„Der Dritte Kongreß", schreibt Maslow weiter, „hinderte vor allem die KPD., sich selbst Klarheit zu verschaffen. Der Dritte Kongreß hat so . . . . auf die KPD. einen ähnlichen Effekt ausgeübt, wie zwei Jahre früher der Heidelberger Parteitag: trotz richtiger Beschlüsse . . . eine schädliche Wirkung."

„Wären die Grundsätze des 2. Kongresses vorgetragen worden, ohne daß man sich den Popanz von „linken" Gefahren ausmalte . . . dann hätte man wahrscheinlich die Krise in der KPD. wie auch in der KAPD. bedeutend abgekürzt.

Aber auch die Exekutive und auch die russischen Genossen (!) waren ganz und gar nicht einig . . ."

Maslow schreibt weiter, daß nicht seine eigene Gruppe, sondern die Exekutive „die deutsche Partei lange gehindert hat, in ein gutes Verhältnis zur Exekutive zu kommen".

Er erzählt mit voller Zustimmung folgende Anekdote:

„Als die Exekutive nach Jena ihren (durch nichts gerechtfertigten) Angriff durch eine Einladung, eine Berliner Delegation nach Moskau zu schicken, korrigieren wollte, war es zu spät; die Organisation lehnte diese Einladung nach dem Mittagessen einstimmig ab und der schon rechte Friesland schrieb den Absagebrief im Auftrage der Organisation."

Dieser letzte Ablaß ist ein beispielloser Versuch der Herabsetzung der Kommunistischen Internationale vor den Augen der deutschen Arbeiter.

Das antibolschewistische Spiel der Gruppe Maslow selbst beweist am klarsten, daß Lenin sich auf dem 3. Weltkongreß nicht einen „Popanz von linken Gefahren ausmalte", sondern daß diese Gefahren noch heute, vier Jahre nach dem 3. Weltkongreß, die Entwicklung der deutschen Partei hemmen, sie an der gesunden politischen Arbeit hindern, ihre Ideologie vergiften. Der aussprechendste Vertreter dieser linken, besser sektiererischen Gefahren ist Maslow und seine Auffassung vom 3. Weltkongreß.

Die gesamte deutsche Partei, vor allem die besten Genossen der deutschen Linken in allen Parteiorganisationen und Bezirken haben die Pflicht, das von der Gruppe Maslow-Ruth Fischer geförderte, nicht bolschewistische System des Verhältnisses der Partei zur Komintern mit aller Kraft zu brechen.

Gebrochen, endgültig gebrochen werden muß auch mit dem System der „doppelten Buchführung", daß die erwähnten Genossen ein volles Jahr lang gegenüber der Komintern angewandt haben. Anstatt die richtige Linie der Komintern aufrichtig durchzuführen, unternahm diese Gruppe fortgesetzte Verschleppungsversuche vor den eigenen Parteimitgliedern durch den Hinweis auf den angeblichen „Druck nach rechts" von seiten der Exekutive; gleichzeitig leistete sie systematischen Widerstand vor der Exekutive durch den Hinweis auf den angeblichen „Zug nach ultralinks" von seiten der deutschen Parteimitglieder.

Die Erfahrungen der verflossenen Kampfperiode seit dem Frankfurter Parteitag beweisen auch dem letzten deutschen Kommunisten, daß die Komintern in allen Streitfragen unbedingt recht hatte gegenüber der Gruppe Maslow-Ruth Fischer. Sie hatte Recht in der Einheitsfrontfrage und in der Gewerkschaftsfrage. Sie hatte ebenso recht in der Frage der Präsidentschaftswahlen, wie mit ihren — jahrelang in den Wind geschlagenen — Warnungen vor den ultralinken Gefahren in der deutschen Partei.

Wir sind fest überzeugt, daß die kommunistischen Arbeiter Deutschlands sehr rasch erkennen werden, daß auch in dem gegenwärtigen Kampf um den innerparteilichen Kurs der KPD., um ihr Verhältnis zur Komintern, um ihr Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen, um ihr Verhältnis zur leninistischen Theorie, die Komintern unbedingt recht hat, während die Gruppe Maslow-Ruth Fischer in allen diesen Fragen unbedingt unrecht hat.

4. Die innere Parteilinie.

Die führende Gruppe der Parteizentrale verstand nicht, die richtigen Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt zu den Massen zu finden. Das geschah auch aus dem Grunde nicht, weil ihre innerparteiliche Politik falsch war.

Wie erwähnt, wurden die Fragen des inneren Parteilebens während der Sitzung der Erweiterten Exekutive ausführlich mit den Vertretern der deutschen Zentrale besprochen. Die Vertreter der Exekutive wiesen darauf hin, daß der Ultrazentralismus, der mechanische Druck, die vorwiegend administrativen Maßnahmen, das Fehlen der Propaganda und der Ueberzeugungsmethode überhaupt, die Furcht vor neuen Kräften usw. unbedingt verheerende Wirkungen haben müßten. Bei der damaligen Beratung wurde beschlossen, die innere Parteidemokratie zu verstärken. Wir waren der Meinung, daß, nachdem der Sieg über die Rechte gewonnen ist, nachdem die Linke die Oberhand in der Partei hat, nachdem also die organisatorischen Garantien für eine im Ganzen richtige allgemeine Politik geschaffen sind, das Problem der Parteierziehung in den Vordergrund tritt. Andererseits glaubten wir, daß der Kreis der neuen Führerkaders die Partei zu verbreitern sei: Die Möglichkeit einer breiteren Auslese der Parteifunktionäre müsse garantiert werden, was ohne Diskussionen, Wählbarkeit, bewußte Politik der Heranziehung und Prüfung neuer Arbeiter unmöglich ist. Im Zusammenhang damit fordern wir die Heranziehung neuer Kräfte, darunter auch der besten Mitglieder der ehemaligen Opposition, die der Komintern und der Partei treu geblieben sind. Diese Arbeit wurde aber nicht geleistet. Andererseits war bei uns diese Frage auch mit der Frage des Verhältnisses zu den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern verbunden. Denn wenn man in der Partei lediglich administrative Mittel anwendet, so überträgt man die gleiche Politik in verstärktem Maße auf die außerhalb der Partei stehenden Arbeiter und schneidet sich damit die Wege zur Eroberung neuer Arbeiter ab. Wir glauben, daß ohne diese innerparteilichen Reformen die Partei nicht imstande sein wird, eine richtige Politik unter den Massen durchzuführen. Deshalb forderte die Exekutive diese Reformen in der Richtung der „Normalisierung des Parteilebens". Während der erweiterten Exekutive hat die deutsche Delegation mit der Genossin Ruth Fischer an der Spitze diese Vorschläge angenommen.

Nochmals wurden diese Probleme mit der deutschen Delegation kurz vor dem Parteitag besprochen. Die Exekutive schlug vor, die Zentrale durch eine Reihe von Parteiarbeitern, die mit der Masse eng verbunden sind, zu erweitern. Die russischen Genossen wiesen u. a. darauf hin, daß die KPR. seit dem Tode Lenins die Zahl ihrer Zentralemitglieder stark vergrößert und damit die Zentrale gestärkt, ihre Autorität gefestigt und gleichzeitig bessere Verbindungen mit der Parteimasse geschaffen hat, was — im Zusammenhang mit der innerparteilichen Demokratisierung — auch bessere Verbindungen zu den Arbeitermassen außerhalb der Partei schuf. (Leninaufgebot.)

Der deutsche Parteitag wurde aber so vorbereitet und so durchgeführt, daß trotz aller Versprechungen gerade das Gegenteil erzielt wurde. Obwohl in der Partei starke Flügelgruppen (Ultralinke und -rechte) existieren, fand diese Tatsache absolut keine Widerspiegelung auf dem Parteitag selbst. Es war keine politische Diskussion, da jede Delegation vorher ausführlich besprach, was zu sagen ist; sogar auf dem Parteitag selbst — der höchsten Instanz der Partei, wurde die Diskussionsfreiheit annulliert. Wie schwach der Parteitag vorbereitet wurde, zeigen die gedruckten Anträge aus den Bezirken. Es gab nur sieben Anträge: einen über Esperanto (!), vier über Beiträge, einen über Arbeiterkorrespondenzen und einen über Kommunalkurse.

Analoge Erscheinungen sind auf ideologischem Gebiet zu konstatieren. Niemals in der Arbeiterpresse hat man eine solche Reklame gesehen, wie für die Broschüre des Genossen Maslow. In Wirklichkeit besteht diese Broschüre lediglich aus richtigen Zitaten und durchaus unrichtigen Bemerkungen des Genossen Maslow. Nach diesem Muster versuchte man, das geistige Leben der Partei zu entwickeln.

Es wäre nicht so schlimm, wenn die persönliche Autorität der Führer hochstünde. Aber diese Autorität muß einige Voraussetzungen haben und nicht nur mechanisch erworben werden. Leider aber sehen wir etwas anderes, und das ist eine Gefahr für die Gesamtpartei.

Es mangelt in der Partei an der Kontrolle nonunten, d. h. durch die Mitgliedschaft der Partei. Gleichzeitig kämpfte die führende Gruppe fortgesetzt gegen die Kontrolle vonoben, d. h. durch die Exekutive der Komintern. Auf diese Weise wurde ein solcher Zustand geschaffen, daß man das Verantwortlichkeitsgefühl verlor, was zu verschiedenen, ganz unerträglichen Dingen geführt hat.

Eine derartige Struktur der Partei macht die Entwicklung ihrer Werbekraft unmöglich. Ein derartiges System verdirbt die Partei selbst. Dieses System muß gebrochen werden, um einer noch größeren Krise vorzubeugen, die wirklich katastrophale Wirkungen haben kann.

5. Die Gefahr der Prinzipienlosigkeit.

Der praktische Bolschewismus besteht u. a. darin, daß man nach theoretisch erkannten, ehrlich durchdachten, politischen Linien handelt. Bei der Gruppe Maslow-Ruth Fischer befindet sich aber die innere Ueberzeugung, die innere Einschätzung der Lage in krassestem Konflikt mit der angenommenen Linie. Die tiefste Grundlage dieser Gruppe ist sehr pessimistisch: keine revolutionären Perspektiven überhaupt die Auffassung: die Massen sind vollständig passiv, sie flüchten aus dem Alltagsleben, sie spielen Soldaten usw. Sie zu gewinnen ist eine unerfüllbare Aufgabe. Andererseits „fordert" die Komintern die Gewinnung der Massen. Schon damit ist der Zwiespalt in der Praxis dieser führenden Gruppe gegeben. Mit dem Pessimismus ist das Kokettieren mit den Ultralinken verbunden. Auf die Forderungen der Internationale erfolgt: die papierene Anerkennung dieser Forderungen und die Anstrengung, sie im Leben zu verwirklichen, ohne daran zu glauben. Daraus folgt die schwankende Position und die politische Haltlosigkeit dieser Gruppe, eine Haltlosigkeit, die mit einer Diplomatie schlimmster Art im Verhältnis zur Komintern verbunden ist.

Das typische Beispiel dafür ist der zehnte Parteitag.

Wir haben bereits gesehen, wie man ihn „geistig" vorbereitete: Genosse Maslow schrieb die Artikel, deren einziger Sinn darin bestand, die Bedeutung des 3. Weltkongresses zu diskreditieren, die gesamte Taktik der Internationale ihrer Basis zu berauben und gleichzeitig die Basis für die ultralinken Gruppierungen zu begründen.

Formell aber kämpfte man auf dem Parteitag gegen ultralinks. Andererseits wurde, sobald es mit der Internationale zum Konflikt gekommen war, sofort die politische Linie vergessen und der Block mit den Ultralinken geschlossen. In Moskau aber erklärte Genossin Ruth Fischer, daß der Parteitag ultralinks gestimmt war und sie gar nichts dagegen tun konnte, obwohl sie wollte! Auf einer Seite fördert man ultralinke Stimmungen, auf der anderen erklärt man: wir haben uns in einer Notlage befunden.

Diese „Taktik" hat bereits ihre Tradition. Genossin Ruth Fischer erklärte in Moskau immer wieder, daß die „Massen" sie stören, die Politik durchzuführen, die die Exekutive empfiehlt, während sie in Berlin sagte, daß ihr die KI. eine unrichtige Politik aufzwingt.

Diese Gewohnheit fand ihren Ausdruck auch in der Rede des Genossen Schneller — Genosse Schneller hat inzwischen diesen Irrtum anerkannt —, der in Moskau erklärt hat (um Personen zu verteidigen), daß die Linke bankrott sei. Wir halten diese Behauptung für falsch. Nicht die Linke, sondern einige Führer dieser Linken sind bankrott und die Linke wird sich behaupten auf anderen Gleisen, indem sie immer größere Schichten der Parteimitgliedschaft überzeugen und die energischste, positive Arbeit entwickeln wird.

Eine große Rolle spielt bei dem prinzipiellen Kampf gegen die Kommunistische Internationale das Argument, daß wir die deutsche Partei ständig „nach rechts stoßen" wollen.

Wir konstatieren hier nochmals, daß in allen wichtigen Problemen die nachträgliche Erfahrung vollständig den Standpunkt der Komintern rechtfertigte. Jeder versteht das jetzt ganz klar. Nur ein politisch ganz bornierter Mensch sieht nicht ein, daß wir ohne diese Taktik anstatt der Partei heute höchstens ein Häufchen Kommunisten und dabei sehr schlechter, gehabt hätten.

Aber die Legende über das permanente „Stoßen" der Partei nach „rechts" durch die Komintern muß endgültig und vollständig zerbrochen werden. Wir unterstreichen, daß die Exekutive im jetzigen Moment die führende Gruppe nicht von rechts, sondern

von links kritisiert. Wir würden als bewußte Lüge jedes dahingehende Argument behandeln, die Komintern wolle die Partei „nach rechts" schleppen. Gerade um die Linke und mit ihr die Gesamtpartei aus dem Sumpfe herauszuziehen, bestehen wir auf den vorgeschlagenen Reformen.

6. Die Aufgaben der Partei.

Die Kritik an den Fehlern der bisher führenden Gruppe wird nur dann einen wirklichen und dauernden Nutzen bringen, wenn sie zu einer besseren, und entschlosseneren Erfüllung der politischen Aufgaben der Partei bei der Gewinnung der Massen führt.

Die wichtigste Aufgabe der Partei besteht im gegenwärtigen Augenblick darin, rechtzeitig und tatkräftig auf die sich anbahnende politische Umgruppierung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zu reagieren. Die bedeutsamste Erscheinung der letzten Monate ist der beginnende Widerstand breiter Arbeitermassen gegen die „westliche Orientierung", d. h. gegen den Uebergang der Bourgeoisie auf die Seite des Ententeimperialismus, gegen die Führung der 2. Internationale, die Wendung dieser Arbeitermassen zu Sowjetrußland und — wenn auch auf Umwegen — zur proletarischen Revolution. Ohne diesen Entwicklungsprozeß in seiner Bedeutung und seinem Tempo zu überschätzen, muß die Partei diese neuen Erscheinungen in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit rücken, so sorgfältig verfolgen und bei jedem ihrer praktisch politischen Schritte zu berücksichtigen.

Alles kommt darauf an, daß die Partei ihre Werbekraft in größerem Maße steigert. Sie muß den sich nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber neue Formeln, einen neuen Ton, einen neuen Inhalt der Agitation finden. Sie muß alle Vorgänge im Lager der Sozialdemokratie genau erkennen, studieren, in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen, entsprechend den lokalen Verhältnissen, durch unsere Agitation beeinflussen. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die sich von ihren konterrevolutionären Führern abwenden, langsam, zögernd, aber unverkennbar der proletarischen Revolution zuzuwenden beginnen, müssen das Gefühl haben: die Kommunistische Partei ist wirklich eine Partei der Arbeiter, eine Partei, die unentwegt für unsere Interessen, unsere Teilforderungen, unsere Tagesnöte kämpft, die uns nicht nur als Agitationsobjekt, sondern als Klassenbrüder betrachtet, die ehrlich die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf will.

Vom Gesichtspunkt dieser Hauptaufgabe müssen alle andern politischen Schritte der Partei unternommen werden. Von diesem Gesichtspunkt muß vor allem unsere Parlamentsarbeit geleitet sein. An jedem Ort und in jeder politischen Frage müssen wir die Tribüne suchen, von der aus die Partei zu den Arbeitermassen in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie spricht, um sie auf die Seite des Klassenkampfes hinüberzuziehen. In diesem Licht müssen wir die Fragen des Garantiepaktes, des Völkerbundes, der Handelsverträge, der Kredite, der Zölle, der Steuern, der Wohnungspolitik usw. stellen.

Zugleich muß der Kampf gegen die monarchistische Gefahr, gegen die Klassenjustiz, für die Voll-Amnestie usw. mit den tagtäglichen ökonomischen Lohn- und Arbeitskämpfen des Proletariats verbunden werden.

Um wirklich einen Zugang zu dem besten Teil der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu finden, muß man den Kampf aufnehmen gegen jene Exzesse, die aus der Zeit stammen, wo der Kampf mit der Waffe in der Hand geführt wurde. Den größten Schaden für die Sache der Arbeiterklasse bringen z. B. Fälle von gegenseitigen Schlägereien zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten (auf Versammlungen, unter der Jugend usw.), die durch die Schuld der Sozialdemokraten, mitunter aber auch nicht ohne Schuld der Kommunisten bis auf den heutigen Tag noch stattfinden. Den konterrevolutionären Führern der deutschen Sozialdemokratie kommen solche gegenseitigen Schlägereien gerade recht, und diese Führer suchen selbstverständlich einen solchen Kampf bewußt an. Die Kommunisten müssen die Initiative zur endgültigen Beseitigung solcher Erscheinungen ergreifen, was selbstverständlich den guten Willen bei den sozialdemokratischen Arbeitern voraussetzt.

Man muß nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu unterscheiden verstehen zwischen den konterrevolutionären sozialdemokratischen Führern und der breiten Masse der sozialdemokratischen Arbeiter. Unsere Presse, insbesondere unsere Betriebszeitungen (Wandzeitungen usw.) müssen es verstehen, die Agitation gegen die verbrecherische Politik der sozialdemokratischen Führer so zu führen, daß dabei jeder sozialdemokratische Arbeiter in der betreffenden Fabrik oder in dem betreffenden Betrieb fühlt, daß ihm gegenüber, dem Arbeiter an der Drehbank, dem einfachen gewählten Betriebsratsvertreter, ein anderes Verhältnis besteht als gegenüber dem hohen „Barmat"-Führer, der die Arbeiter im Parlament von vorn und hinten verkauft.

Die wirkliche, für alle Arbeiter sichtbare Umstellung wird vollzogen, wenn die Partei alle Kräfte auf **die Steigerung unserer Gewerkschaftsarbeit konzentriert.** Durch unsere Gewerkschaftsarbeit muß die SPD. geschlagen, durch unsere Gewerkschaftsarbeit muß die Rote Einheitsfront gebildet werden.

Die Partei, ihre Gewerkschaftsfraktionen müssen in allen Verbänden, Ortskartellen und Zahlstellen eine großzügige Agitation auf Grund der Reise der ersten Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland entfalten. Diese Reise muß einen gewaltigen Widerhall in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung erwecken.

Der Drang der Arbeiter zur Einheit der Gewerkschaften muß möglichst bald zur **Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften,** nach dem Vorbild der englischen Arbeiterbewegung, kristallisiert werden. Das ist der nächste Schritt vorwärts in der deutschen und internationalen Einheitsbewegung, den die deutsche Partei tun muß. Die große Bewegung für die Einheit der Gewerkschaften wird breiteste Massen erfassen und neuen Zustrom für die freien Gewerkschaften bringen, wenn die Kommunistische Partei zur treibenden Kraft für die Gewerkschaftseinheit wird. Die Kommunisten müssen verstehen lernen, in den Gewerkschaften die beste, energischste, sachlichste Arbeit zu leisten, sie müssen den parteilosen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern durch Anschauungsunterricht beweisen, daß sie als Bolschewiken zugleich aktive Gewerkschaftler zu sein verstehen. Unsere Fraktionen in den Gewerkschaften erwachsen damit eine Reihe von Aufgaben: Wirkliches Eindringen in das Gewerkschaftsleben, intensivstes Studium der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge (Konzernwesen, Wirtschaftskonjunktur, Lage der Industriezweige, Besonderheiten der Wirtschaftsgebiete usw.), Herausarbeitung einer klaren und sachkundigen Tarif- und Sozialpolitik, Führung von Arbeitskämpfen, insbesondere Streikstrategie, Stellung zu allen Organisationsfragen der Gewerkschaften, Kampf für die Industrieverbände, besondere Berücksichtigung der Rolle und Aufgaben der Betriebsräte, Betonung der Interessen der Arbeiterjugend innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterinnen usw.

Der Ausbau einer starken Gewerkschaftsabteilung bei der Zentrale der KPD. muß den ernsten Willen der Parteileitung zeigen, diese Arbeit zur Grundaufgabe der Partei zu machen.

Was bedeutet für die Kommunistische Partei die Erkämpfung des Einflusses in den Gewerkschaften in einem solchen Lande wie Deutschland? Das bedeutet vor allen Dingen Einfluß unter den organisierten Arbeitern in den Fabriken, Betrieben, Bergwerken, Werkstätten, auf den Eisenbahnen, in allen Industrieunternehmungen erkämpfen und diesen Einfluß vertiefen. Irgend einen nennenswerten ernsten Einfluß in den jetzigen deutschen Gewerkschaften kann nur derjenige kommunistische Arbeiter haben, der Einfluß im Betriebe hat. Der Einfluß der Kommunisten aber gerade in den Betrieben ist in der letzten Zeit schwächer geworden, was wir uns nicht zu verheimlichen brauchen. Man muß die einfache Wahrheit begreifen, daß der Kampf der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie um den Einfluß auf die Massen letzten Endes in den Betrieben entschieden wird. Man muß begreifen, daß ein gründlicher und ernster Einfluß nicht so sehr auf dieser oder jener Versammlung erobert wird, sondern mehr durch lange und beständige Arbeit unter den Massen in den Betrieben. Man muß begreifen, daß der Hauptfehler der deutschen Kommunisten in der letzten Zeit darin besteht, daß sie allzudiel Aufmerksamkeit den „hohen", „parlamentarischen" Fragen und allzuwenig Aufmerksamkeit der Arbeit in den Betrieben gewidmet haben.

Wie haben die russischen Bolschewiken seinerzeit die Menschewiken besiegt? Sie überführten den Menschewiken ruhig ihre Vorbeeren auf den „Konzert-Versammlungen", in den Couloirs des Parlaments usw., während sie selbst zu den Massen gingen auf die Fabriken und in die Betriebe und durch jahrelange Arbeit in den Betrieben, in den Tiefen der Arbeitermassen die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihre Seite brachten.

Reden wir weniger davon, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist! Handeln wir um so mehr, damit durch eine unermüdliche jahrelange Arbeit innerhalb der breiten Massen in den Betrieben die Mehrheit der Arbeiterschaft für uns gewonnen wird.

Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands — in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften! Eine lange Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern — das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!

Zur Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist eine entschlossene, organisatorische Umstellung der Partei im Sinne der Organisationsbeschlüsse des letzten Parteitages erforderlich. Die auf dem Parteitag in Berlin beschlossenen neuen Statuten und Organisationsrichtlinien müssen aufs rascheste verwirklicht werden. Die organisatorische Umstellung der Partei hängt eng mit der politischen zusammen. Ihre **gemeinsame Richtlinie besteht in der Verlegung des Schwergewichts der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei in die Betriebe, mit dem Ziel, die Massen der Arbeiter in den Betrieben zu erobern.**

Im Vordergrund der organisatorischen Umstellung stehen folgende drei Aufgabengebiete:

1. Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisierung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft in und durch alle Organisationen der Partei.

2. Ernsthafte und unbedingte konsequente Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.

3. Organisatorische Zusammenfassung und Festigung des kommunistischen Einflusses in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, aber zugleich auch in den sich neu bildenden Massenorganisationen des Proletariats.

Die Durchführung einer lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft erfordert die Beseitigung des Ueberzentralismus, die Heranziehung neuer Kräfte nicht nur für die Zentrale, sondern für alle leitenden Organe der Partei besonders auch für die Bezirksleitungen; die Garantie der kollektiven Arbeit der gesamten Mitgliedschaft und die engste Zusammenarbeit mit der Komintern.

Die Zusammenarbeit mit der Komintern ist um so notwendiger, weil durch sie die Partei durch die Erfahrungen der gesamten Internationale bereichert wird.

Neben der Reform des innerparteilichen Kurses und der Umstellung auf die Betriebszellen ist von größter Wichtigkeit der rasche Aufbau eines Systems wirklich bolschewistischer, mit größter Initiative praktisch arbeitender Parteifraktionen in ausnahmslos allen Organisationen der Arbeiterschaft, wo Kommunisten stehen. Diese Aufgabe beschränkt sich keineswegs auf die Gewerkschaften, sondern gilt auch für sämtliche anderen parteilosen Massenorganisationen, sei es, daß sie bereits seit längerer Zeit bestehen, sei es, daß sie sich erst neu herausbilden. Der RFB. bietet das beste Beispiel für die Neubildung proletarischer Massenorganisationen auf Grund der Kampferfahrungen des deutschen Proletariats. Rasche Einstellung der Partei auf solche Organisationen (Sport-, Mieter-, Freidenker-, Rote Frauenliga usw.) und ihre Ausnutzung zur Stärkung der Gewerkschaftsarbeit ist notwendig.

In der Reihe der Fehler und Mängel der Leitung der KPD. nimmt nicht den letzten Platz ihre vollkommen unrichtige Politik gegenüber dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands ein. Die zahlenmäßige Schwäche und die Schwierigkeiten des Jugendverbandes in Deutschland lassen sich in bedeutendem Maße dadurch erklären, daß die Partei fast nichts gemacht hat, um dem Jugendverband zu helfen, einen bedeutend höheren Stand zu erreichen. Aber die Hauptursache der Schwäche des deutschen Jugendverbandes ist die, daß er bis zur letzten Zeit auf demselben unrichtigen Wege ging, auf dem die Partei von ihrer Führung geleitet wurde, und mit der Partei alle ihre Fehler teilte. Umsomehr Bedeutung hat der Umstand, daß auf dem 10. Parteitag einzig die Jugend offen und bis zu Ende die Vorschläge der Komintern verteidigte. Das ist ein sicheres Zeichen dessen, daß die Jugend bereits ohne die Hilfe der Partei und sogar trotz des Widerstandes der Parteiführung selbständig den richtigen Weg zu beschreiten begonnen hatte. Deshalb war vollkommen unzulässig das Benehmen der Vertreter der Parteiführung, das auf dem Parteitag in der Obstruktion gegenüber der Jugend und danach in dem „Druck" gegenüber dem ZK. des KJVD. seinen Ausdruck fand. Die Partei muß es verstehen, daß ein solches Verhältnis dem KJV. gegenüber die ganze kommunistische Arbeit unter der arbeitenden Jugend zunichte machen kann; diese Arbeit ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen der wirklichen Bolschewisierung der Partei.

Die Organisationen des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Partei. Zugleich müssen endlich die notwendigen Schritte unternommen werden, um in Deutschland praktisch eine leninistische Bauernpolitik zu verwirklichen. Die Partei muß die steigende Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und des Bauerntums wegen der Regelung der Aufwertungsfrage, der Handelsverträge, der Kredite, der Steuern und Zölle zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie mobilisieren. (Kommunistische Fraktionsarbeit in den Aufwertungs-, Mieterorganisationen, den Organisationen der Weinbauern, Kleinbauern, Pächter usw.)

Die Parlamentsarbeit der Partei im Reiche, den Ländern und Kommunen muß in allererster Linie vom Gesichtspunkt der Förderung unserer Arbeit in den Massenorganisationen durchgeführt werden. Dazu ist die engste Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsfraktionen und den kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften usw. eine unerläßliche Voraussetzung.

Die Partei darf keinen Augenblick vergessen, daß nach wie vor ernste rechte und ultralinke Gefahren in ihren Reihen bestehen. Dagegen dienen nicht mechanische Maßnahmen einen Schutz, sondern die breite gründliche, bis zum letzten Parteimitglied vordringende, alle Organisationen und Zellen umfassende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit durch die Partei. Die ideologische Ueberwindung aller Fehler auf praktischem und theoretischem Gebiet erfolgt am besten auf dem Wege der Durchdringung der Partei mit den Grundsätzen des Leninismus und der Komintern, auf dem Wege der Anwendung dieser Grundsätze auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland und die daraus erwachsenden praktischen Parteiaufgaben.

Eine breite Aufklärungskampagne unter der gesamten Mitgliedschaft über die Notwendigkeit und den politischen Sinn der gegenwärtigen Auseinandersetzung muß den bewußten Anfang dieser innerparteilichen Propagandaarbeit bilden.

7. Warum muß die Partei gerade jetzt und warum muß sie rasch umgestellt werden?

Viele Parteigenossen werden fragen, warum der Umschwung in der Führung der KPD. so „plötzlich" notwendig ist. In Wirklichkeit handelt es sich keineswegs um „plötzlich" aufgetauchte Differenzen zwischen der Exekutive und der Gruppe — Ruth Fischer. Es handelt sich vielmehr um Gegensätze, die während des ganzen Verlaufs der letzten anderthalb Jahre vorhanden waren und sich immer weiter bis zu den jetzigen für die Partei und die Internationale völlig unerträglichen Zustand verschärften. Mehr als einmal hat die Exekutive die führende Gruppe vor der Fortsetzung ihrer Abweichungen gewarnt. Bereits auf der Tagung der Erweiterten Exekutive teilte die russische Delegation der deutschen Vertretung unter Führung Ruth Fischers nach ernsten, tagelangen Beratungen mit, daß bei der Fortsetzung des bisherigen innerparteilichen falschen Kurses ein schwerer Konflikt unvermeidlich sei. Die Vertreter der Exekutive in Deutschland wiesen immer wieder auf die Abweichungen und Irrtümer der erwähnten Gruppe hin. Trotzdem blieben alle Ratschläge und ernsten kameradschaftlichen Warnungen wirkungslos. Die Exekutive versuchte die zuletzt das Entstehen eines offenen Konfliktes und die daraus mit Notwendigkeit folgenden organisatorischen Maßnahmen zu vermeiden. Nur aus diesem Grunde beschränkte sich die Exekutive auf Verhandlungen mit der führenden Gruppe der Parteizentrale und verzichtete in der Hoffnung, auf diesem Wege eine Gesundung zu erreichen, auf die Austragung der sich ansammelnden Gegensätze vor den Organisationen und der Mitgliedschaft der Partei. Wir versuchten, auf dem Wege der erzieherischen Einwirkung der kameradschaftlichen Zusammenarbeit die Gruppe Ruth Fischer-Maslow von ihren Fehlern zu überzeugen. Wir vermieden trotz aller Bedenken den offenen Kampf, um der Linken der deutschen Partei, mit deren politischer Linie sich die Exekutive mehr als einmal solidarisiert hat, nicht im Augenblick ihres schweren Kampfes gegen die Rechten und Ultralinken Abweichungen in der KPD. Schwierigkeiten zu bereiten.

Dieser notwendige Schritt wurde uns dadurch erleichtert, daß innerhalb der Linken der deutschen Partei der Kern einer linken Opposition gegen das System der Genossen Ruth Fischer-Maslow herausgebildet hat. Der Berliner Parteitag und die Ereignisse unmittelbar nach seiner Beendigung bewiesen endgültig, daß die Bemühungen der Exekutive, die Differenzen auf dem Wege der notwendigen Zusammenarbeit beizulegen, gescheitert sind. Die Vorschläge der Genossen Ruth Fischer und Maslow machen es zur zwingenden Notwendigkeit, die Fragen der deutschen Partei offen vor der gesamten Mitgliedschaft zu stellen.

Mögen unsere Feinde in ein Triumphgeheul ausbrechen und unsere Finger auf die Wunden der deutschen Partei legen. Mögen die Bourgeoisie, mögen die Sozialverräter ganz Deutschlands die Partei verspotten und verhöhnen. Lenin hat uns gelehrt, ohne Rücksicht auf den Feind, schonungslos alle Fehler unserer Partei, der eigenen Partei der Vorhut des revolutionären Proletariats, mit bolschewistischer Offenheit bloßzulegen. Keine Partei der Welt ist imstande, so offen und bis zu Ende folgerichtig ihre eigenen Mängel zu erkennen und aufzudecken, wie die Kommunistische Partei. Dies allein ist das Unterpfand für die rasche und vollständige Ueberwindung dieser Fehler.

Die Exekutive ist tief überzeugt, daß kein kommunistischer Arbeiter in Deutschland sich durch das mit Sicherheit zu erwartende Triumphgeschrei der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse auch nur einen Augenblick verwirren oder beirren lassen wird.

Mögen auch alle Rechten und Ultrarechten in unseren eigenen Reihen den Augenblick für gekommen halten, sich aufs neue hervorzuwagen. Mögen die Brandleristen erklären: „die Linke ist bankerott". Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in geschlossenen Reihen vorwärts gehen, ohne den Rufen der rechten und ultralinken Gegner auch nur Gehör zu schenken.

Wir wiederholen nochmals: nicht die deutsche Linke ist bankerott, sondern einige ihrer Führer.

Die deutsche Linke mit all ihren Fehlern in der Vergangenheit und in der Gegenwart war nicht bloß eine Gruppe von einzelnen Personen. Sie hat eine große historische Rolle zu erfüllen. Sie zog die Lehre aus dem Oktober 1923, sie schlug den Brandlerismus, sie einigte die zerrissene Partei im Moment ihrer schwersten Krise.

Die deutsche Linke muß die besten Traditionen der Vorhut des deutschen Industrieproletariats, der besten, stärksten Parteiorganisationen, wie Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet, Rheinland erhalten und fortsetzen, aber sie muß zugleich verstehen, alles Falsche, Unreife, Undolschewistische aus ihrer Vergangenheit und Gegenwart auszumerzen. Dann wird sie nicht nur der linke, sondern der wirkliche, bolschewistische, führende Kern der KPD. werden.

Lenin hat uns gelehrt, daß, unsere Fehler offen und rücksichtslos vor der ganzen Arbeiterklasse zu kritisieren, bereits zur Hälfte sie zu überwinden bedeutet. Die KPD. hat in ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte mehr als einmal — frei von jeder kleinbürgerlichen Sentimentalität, von jedem Selbstgefühl — ihre Schwächen aufgedeckt und überwunden. Die KPD. wird diesem Beispiel folgen.

Die Hauptmängel sind nicht zu suchen in der kerngesunden proletarischen Mitgliedschaft der Partei, sondern in der Spitze ihrer Spitze, die versagt hat. Vor der Partei stehen neue große Aufgaben. Die Situation entwickelt sich nicht gegen uns, sondern für uns. Der Klassenkampf in Deutschland bewegt sich seit einigen Monaten nicht mehr auf der sinkenden, sondern auf der aufsteigenden Linie.

Nur wenn die gesamte Partei alle Zeichen der Zeit erkennt, wenn sie sich auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft, auf die Kommunistische Internationale, auf die unbesiegbare Kraft der deutschen Arbeiterklasse besinnt, — kann sie die Krise überwinden und das deutsche Proletariat zum Siege führen. Dann aber mit Sicherheit.

Exekutive der KI.:

Sinowjew, Bucharin, Manuilski, Piatnitzki, Lebedew (Sowjet-Union).
Jacob (Frankreich).
Brown (Groß-Britannien).
Kuusinen (Finnland).
Scheflo (Norwegen).
Kilborn (Schweden).
Kolarow (Bulgarien).
Dimitrow (Bulgarien).
Belischkowitsch (Jugoslavien).
Kctayama (Japan).
Roy (Indien).
Mitskewitsch-Kapsukas (Litauen).

Delegation der KPD.:

Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan, Schneller, Scher, Kühne, Strötzel, Heinz Neumann und das

Zentralkomitee der KPD.
(Sektion der Komm. Internationale.)

Resolution

des ZK. der KPD. zu den Beschlüssen der Exekutive in der deutschen Frage.

1. Das ZK. der KPD. billigt den Bericht über die Verhandlungen der Delegation der KPD. mit der Exekutive der Komintern, er stimmt den Beschlüssen der Exekutive vorbehaltlos zu.

2. Das ZK. stimmt dem Offenen Briefe der Exekutive an die deutsche Parteimitgliedschaft zu und erkennt die Richtigkeit der von seiten der Exekutive an der bisher führenden Gruppe Ruth Fischer-Maslow geübten Kritik an.

3. Das ZK. stimmt den organisatorischen Beschlüssen der Exekutive zu und beschließt, sie sofort durchzuführen.

4. Um die breitesten Massen der Parteimitgliedschaft in allen Bezirken und Organisationen von der Richtigkeit und Notwendigkeit der gefaßten Beschlüsse zu überzeugen, ist von seiten der Zentrale eine breite aufklärende Tätigkeit in der gesamten Partei zu entfalten.

5. Das Zentralkomitee hat als geschlossene Körperschaft die Beschlüsse der Exekutive durchzuführen und gegen jeden Widerstand zu verteidigen.

6. Die innere Arbeit des Zentralkomitees muß im Sinne des neuen Kurses auf der Linie erhöhter Kollektivarbeit, d. h. stärkste gemeinsame Zusammenarbeit aller Mitglieder und Kandidaten des ZK. organisiert werden.

7. Eine Parteikrise kann nur dann vermieden werden, wenn das ZK. auf der Linie der neuen Beschlüsse die gesamte Partei einheitlich zusammenschließt und auf dem Wege der praktischen positiven Aufgaben geschlossen vorwärts führt.

8. Jeder Angriff gegen die Linie der Komintern im allgemeinen und gegen die neuen gefaßten Beschlüsse in der deutschen Frage insbesondere muß rücksichtslos bekämpft werden, von welcher Seite er auch kommen mag, sei es von rechts oder von ultralinks.

•

Mit allen gegen eine Stimme, bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ostsachsen

Neue Erfolge der Werbewoche

Ortsgruppe Radeberg (davon Gen. Eberhardt 8 Abonn.)	20 Abonn.
Gittersee	3 „
Tharandt	2 „
Bautzen	10 „
Seifhennersdorf	15 „

Genossen! Berichtet laufend!
Die Arbeit geht weiter!

An die Kameraden des Roten Jungsturm, des Roten Frontkämpferbundes

Am Sonnabend, 5. und Sonntag, 6. September, marschiert in Meißen die Jugend zum elften Male auf, um für die Forderungen des Jungproletariats und gegen die Reaktion zu demonstrieren.

Der 11. internationale Jugendtag ist es, den die Jugend diesmal begeht. Wenn vor 10 Jahren die proletarische Jugend die Gefahren des Weltkrieges erkannte, so weiß sie heute genau, daß ein neuer Krieg dasselbe Elend, dieselbe Not über das Proletariat bringen wird, als wie der eben vor kaum 7 Jahren beendete Krieg. Groß sind die Gefahren für das Proletariat, besonders für die jugendlichen Arbeiter. Die Kapitalisten der Welt brauchen Kriege, um sich behaupten zu können, sie brauchen aber auch das Proletariat, um Kriege siegreich zu beenden. Wir wissen, daß die Jugend in diesem Kriege der leidtragende Teil sein wird, die Jugend soll in die Zwangsjacken des Militarismus gebracht werden und dagegen kämpfen wir. Der Diktator Hindenburg ist der Diktator der Bourgeoisie, und Hindenburg wird bestimmt im Kriegsfalle einwilligen, mit ihm die Sozialdemokratie. Vor 11 Jahren war dieselbe Sozialdemokratie bereit, Kriegskredite zu bewilligen, sie wird es auch heute wieder tun. Die Führer der 2. Internationale werden das Proletariat genau so verkaufen als 1914. All diese Gefahren stehen durch den Marokkokrieg vor der Tür. Marokko und China sind die Zeichen eines neuen Krieges. Die Imperialisten sind sich einig in ihrem Kampf gegen das Proletariat, aber um die Beute streiten sie sich noch. Sehen wird hinüber nach Marokko und China, wo sich die Imperialisten gegenseitig bekämpfen, um ihre Stellung zu behaupten. Mit großangelegtem Plan wollen sie marschieren gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt, gegen Sowjetrußland. Das russische Proletariat soll wieder unter die Knute der Kapitalisten kommen, damit sie unbeschränkt das Proletariat ausbeuten können.

All diese Gefahren kennzeichnet unser Jugendtag, und wir rufen euch auf, mit uns zu demonstrieren

am 5. und 6. September 1925 in Meißen

für unsere Forderungen, gegen neuen imperialistischen Krieg.

Am 6. September 1925 marschieren der Wehrwolf, der Jungdo, all die faschistischen Verbände auf, um ihren Gedanken in Meißen weiterhin zu festigen. Wir müssen demgegenüber den Proletariern von Meißen zeigen, welchen Weg die Arbeiter gehen und wohin sie geführt werden von den nationalistischen Verbänden. Darum auf zum

Roten Tag der Jugend in Meißen.

Auf zum Kampf
gegen die Bourgeoisie und ihre Heifershelfer,
gegen neue imperialistische Kriege,
für die Jugendschutzforderungen,
für die Einheitsfront der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Kommunistischer Jugendverband
Bezirk Ostsachsen.

Nachklänge zum Freiberger Gewerkschaftsfest

Bekanntlich fand am Sonntag den 23. August in Freiberg ein Gewerkschaftsfest statt, über das wir in der „Arbeiterstimme" berichteten.

Trotzdem Herr Schütte in der „Volkszeitung" den Versuch macht, unseren Bericht lächerlich zu machen, glauben wir, daß dennoch allen Herren Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten das Gewerkschaftsfest gewaltig in die Knochen gefahren ist. Man mag uns ruhig „revolutionärrisch" nennen, wir sind fest davon überzeugt, daß die Freiberger Gewerkschaftsführer und die der SPD entweder große Schufte oder „Narren" sind, wenn sie vielleicht glauben, die Arbeiter merken nicht, was gespielt wird. Auf die bescheidene Frage, was sich in den Führerkreisen der SPD. nach dem Gewerkschaftsfest noch abgespielt hat, wollen wir euch gleich die Antwort geben.

Also beginnen wir, trotzdem dies den Herren der „Volkszeitung" nicht angenehm, aber auch nicht unbekannt sein dürfte.

Wir erhielten über das Freiberger Gewerkschaftsfest folgendes amüsante Stimmungsbild.

Freiberg, den 26. August 1925.

Gewerkschaftsfest in Freiberg am 23. August.

„Großer Vergnügungsrummel, Festteilnehmer in Ueberzahl Kinder. Ein Meer von Schwarz-Rot-Gold-Fahnen als Reklamebedürfnis — am Schluß zwangloses Zusammensein der Leiter des Festes und Helfer im Restaurant „Lindengarten". Animierte Stimmung. Schleudern der gefüllten Kasse auf den Stammtisch und Renommieren des Stadtverordneten Greif. Hohe Politik — Streit — aufgeregte Stimmung für und gegen Beihle. Schirmer Kurt und Richard Müller, Redakteur und Annoncensammler der Freiberger Volkszeitung, der Prahler des Verdienstes von vielem Geld, geraten in Wortwechsel. Tätlichkeiten, Stuhlschleudern. Kurt Klose, der versöhnend wirkt, wird von Richard Müller in den Arm gebissen, großes Gaudium bei den anwesenden bürgerlichen Stammgästen. Donnerstag Vorstandssitzung, Schiedsgericht, Geheimhaltung, Sündenbock! —"

I., Mitglied der SPD.

Es ist natürlich verständlich, daß wenn Parteisekretär Müller von seinem Parteifreund Reichstagsabgeordneten Schirmer ein Lump genannt wird und dieser es auch ein zweites Mal sagt, die Entrüstung des Beleidigten groß ist. Wenn auch diese Namen in den Führerkreisen der SPD. nicht so selten sind, so ist es aber dennoch besonders schlimm, wenn dies dem Herrn Parteisekretär Müller passiert. Kein Wunder, wenn man dann am Montag gleich nach Dresden läuft und Bericht erstattet. Es wird wohl alles nicht mehr helfen, die Arbeiter in Freiberg kennen die Geschichte schon, und wenn sich der engere Kreisvorstand bis 1 Uhr nachts mit dieser Angelegenheit befaßt, muß es wohl doch von Bedeutung sein.

Was wird wohl dabei herauskommen? Nach der Meinung bekannter Sozialdemokraten Freibergs ungefähr folgendes: „Um der Einheit der Partei willen muß die Angelegenheit begraben werden. Es ist bedauerlich, daß so etwas vorkommt, aber die Partei muß davor verschont bleiben."

Mehr wird ganz bestimmt nicht herauskommen. Nur die Freiberger Arbeiter müssen sich dieses merken. Ihre Meinung wird auch ganz bestimmt eine andere sein. Der „Freiberger Volkszeitung" aber empfehlen wir, nicht allzu große Töne anzuschlagen, wenn es im eigenen Lager so faul aussieht.

Wir werden auch dann mit der Antwort nicht lange warten lassen, wenn die „Volkszeitung" anderer Meinung sein sollte, und das dürfte wohl der Fall sein.

Bezirkskonferenz der Gemeinschaft proletar. Freidenker der Bezirke Reugersdorf-Zittau am 30. August 1925 im „Schützenhaus", Niederoderwitz

Gegen 10 Uhr eröffnete der Leiter des Bezirks Reugersdorf die Tagung und stellte fest, daß 60 Delegierte aus den beiden Bezirken erschienen sind. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in welcher schon von bestimmter Seite aus ein ziemlich schroffer Ton angeschlagen wurde, erhielt Sluka-Löbau das Wort zu seinem Referat „Bericht von der am 1. und 2. August in Leipzig stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung". Ehe der zweite „Referent", Uhlmann-Zittau, das Wort erhielt zu seinen Ausführungen über den Verlauf der Mayer-Müller-Hauptversammlung, entspann sich eine neuerliche Geschäftsordnungsdebatte. Bei dieser Gelegenheit trat klar zutage, daß die Entsendung des Delegierten Uhlmann auf ziemlich mysteriöse Weise vorgenommen worden war. Nachdem diese Angelegenheit einigermaßen geklärt war, berichtete Uhlmann-Zittau über den Verlauf der Hauptversammlung am 8. und 9. August 1925. Seine Ausführungen waren ein wirres Durcheinander; krampfhaft versuchte er, eine Lanze zu brechen für Müller-Mayer, doch vergebens war sein Bemühen. — In der anschließenden Diskussion, die stellenweise recht scharf einsetzte, beschäftigten sich die Redner der verschiedensten Parteischattierungen mit dem Konflikt. Verschiedene Redner, darunter Sozialdemokraten, sprachen sich in scharfer Weise gegen die Löbauer von Simonis und Genossen Handelnden, unterschlagen hat jedoch die Berichte des alten Hauptvorstandes (Mayer-Kulcke, immer veröffentlicht hat. Dies bewirkt erneut, daß die „Löbauer Volkszeitung" sich mitschuldig gemacht hat, wenn die Gemeinschaft der GpF. etwa wird. Ein drastischer Zwischenfall spielte sich ab, als der Berichterstatter der „Löbauer Volkszeitung", Redakteur Bombach, das Wort wünschte. Die Mehrzahl der Delegierten verlangte, daß Redakteur Bombach seinen Ausweis als Mitglied der GpF. vorzeige. Bombach konnte das nicht, erklärte aber, daß er anderswo (???) Mitglied einer Ortsgruppe der GpF. sei.

Im Schlußwort machte Uhlmann-Zittau solche Ausführungen, was bei den anwesenden Delegierten Kopfschütteln und teilweise helle Empörung verursachten.

Genosse Sluka-Löbau, als letzter Redner, geißelte in scharfer, aber sachlicher Weise die Ausführungen des Genossen Uhlmann. Was Genosse Sluka an Wissenswertem bot, zeigte, mit welcher Skrupellosigkeit die Gesellschaft um Mayer und Konsorten gegen die Mitgliedschaft der GpF. vorgeht. Als Beispiel diene folgendes: Als Erlös aus verkauften Bauteinen sind von den Mitgliedern der GpF. 38 000 Mark eingegangen. Da nun eine Rest-Schuldsumme von 13 000 Mark vorhanden war, erbot sich die Leipziger Feuerbestattungskasse diese Summe zu bezahlen. Da nun der Leipziger Feuerbestattungsverein ein gerichtlich eingetragener Verein ist, wurde er als Eigentümer des Grundstückes der GpF. gerichtlich eingetragen. Auf Grund des nunmehr ausgebrochenen Konfliktes in der GpF. hat der Leipziger Feuerbestattungsverein das Grundstück der GpF. für sich in Anspruch genommen und beträgt somit die Mitgliedschaft der GpF. um die 38 000 Mark. An der Spitze dieses Feuerbestattungsvereins stehen u. a. die bekannten Spalter Lorenz-Leipzig, Mayer-Leipzig u. a. Die gesamte Mitgliedschaft der GpF. wird zur gegebenen Zeit wissen, was mit diesen Herrschaften geschehen muß.

In seinen weiteren Ausführungen ging Genosse Sluka u. a. auch mit der „Löbauer Volkszeitung" scharf ins Gericht und brandmarkte die Schreibweise dieser sogenannten „Arbeiterzeitung", die sich immer mehr und mehr entpuppt als Sensationsblättchen übelster Sorte. Man merkte deutlich, wie die sozialdemokratischen Delegierten, soweit sie noch ein Fünkchen proletarisches Ehrgefühl besaßen, immer beschämter wurden ob der schweren und nicht wiederlegten Anklagerede des Genossen Sluka gegen die sozialdemokratische Presse und ihrer Hintermänner. Selbst der sonst so redelustige Redakteur Bombach hatte die Sprache verloren, aber . . . . .

Als Quintessenz der gesamten Tagung wurde folgende, vom Genossen Flammiger-Ebersbach eingebrachte und genügend unterstützte Resolution mit 25 gegen 10 Stimmen bei 3 Stimmenenthaltungen angenommen:

„Die am 30. August 1925 im „Schützenhaus", Oberoderwitz, tagende Konferenz der Bezirke Reugersdorf-Zittau der GpF. faßte nach Anhören der Berichte von der Hauptversammlung am 1. und 2. August 1925, erstattet von Genossen Sluka-Löbau und der Hauptversammlung am 8. und 9. August 1925, erstattet von Genossen Uhlmann-Zittau, folgende Entschließung:

„Die Delegierten verurteilen aufs schärfste den Konflikt innerhalb der leitenden Instanzen der GpF. und sind der Ueberzeugung, daß letzten Endes durch diese Streitigkeiten die geschlossene Einheit der GpF. auf dem Spiele steht.

Durch das Vorgehen und die Maßnahmen einzelner führender Freidenker-Genossen, welche durch die Bildung von SPD.-Fraktionen (zum Beispiel Thüringen) die Spaltung der GpF. systematisch betreiben, soll die gesamte Mitgliedschaft, obwohl sie sich aus allen Parteischattierungen rekrutiert, den Willen der SPD. untergeordnet werden.

Die Konferenz verurteilt ein derartiges Vorgehen auf das entschiedenste, und ist sich einig darin, daß jedweder Fraktionsbildung mit den schärfsten statutarischen Mitteln entgegengetreten werden muß.

Die Delegierten der Bezirke Reugersdorf-Zittau lehnen strikte jedwede Verbindung mit dem alten Hauptvorstand (Mayer und Genossen) ab und stehen hinter der am 1. und 2. August 1925 gewählten neuen Zentrale (Simonis und Genossen).

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene einheitliche GpF. den entschiedenen Kampf gegen die schwarzeste Reaktion: die Kirche, führen kann, verpflichten sich die Delegierten, in diesem Sinne in ihren Ortsgruppen zu arbeiten.

Heraus mit jedwedem Parteigezänk aus der Freidenker-Bewegung!

Es lebe die einheitliche geschlossene Gemeinschaft proletarischer Freidenker Deutschlands!

Verlag: „Arbeiterstimme" Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

OKTOBERTAGE

Erinnerungen aus der Oktoberrevolution 1917

von

J. A. Naumoff

(1. Fortsetzung)

„Ruhe, Ruhe! So geht das nicht! Er ist genau ein Mitglied des Betriebsrates wie ihr. Ruhe!"

„Wir halten die, die sich weigern, sich prinzipiell für die Verlegung des Betriebes auszusprechen, für gewissenlos und unverantwortlich" — sagt Stepanoff.

„Sprechen Sie nur getrost weiter, wir aber wünschen Sie nicht zu hören," wirft jemand ein.

„Ja, für unverantwortlich, und wir bestehen auf die Wahl von Bevollmächtigten, die wir zur Verwaltung zwecks Unterhandlungen schicken werden."

„Gib mir das Wort", ruft Udaroff.

„Gut, sprich!"

„Genossen, Grigorjeff hat einen Fehler begangen. Er hat das Wichtigste nicht begriffen," beginnt Udaroff scharf. — „Wir sind prinzipiell gegen die Verlegung der Fabriken nach dem Süden. Die Regierung will Petrograd schwächen, will unsere Kräfte zersplittern. Wir dürfen das nicht zulassen. Erinnert ihr euch noch? Gleich nach dem 5. Juli wollte man uns zur teilweisen Verlegung der Fabrik zwingen, aber wir haben das verhindert. Warum sieht Grigorjeff das nicht? Er war gestern nicht bei der Bezirksversammlung und weiß deshalb nicht, daß wir uns jetzt nicht damit befassen können. Wir müssen jetzt alle unsere Kräfte sammeln, die Rote Garde verstärken, die Herren Menschewiki und Sozialrevolutionäre endgültig niederschlagen, die Stimmung der Arbeiter feststellen; ausschließlich damit hat sich das Betriebskomitee zu befassen und nicht die kostbare Zeit mit leerem Geschwätz über die Verlegung zu vergeuden."

Die Leute aus dem Betriebsrat verstummen und lauschen gespannt jedem der Worte Udaroffs. Er spricht über den Verrat der Regierung, über die Möglichkeit der Kapitulation von Petrograd und darüber, daß bei der gestrigen Abstimmung im Sowjet die Bolschewiki die Mehrheit bekamen, daß Petrograd nur noch für drei bis vier Tage mit Lebensmitteln versorgt sei, daß die Soldaten an der Front sich weigern, zu kämpfen, und daß auch die Bauern gegen die Regierung seien.

„Seht, Genossen," schließt Udaroff, „es ist wichtig, solch einen Moment auszunützen, die Bourgeoisie zu stürzen und die Macht den Räten zu übergeben."

Nach der Rede Udaroffs kommt noch mehr Leben in die Sitzung. Fast alle sprechen und sind mit Udaroff einig.

Zum Schluß sagt Grigorjeff:

„Genossen, da wir jetzt in einer außergewöhnlichen Zeit leben, beantrage ich, den Genossen Udaroff zum Vorsitzenden des Betriebsrates zu wählen; ich eigne mich eher für den Kampf und werde mich in die Rote Garde einschreiben lassen. So wird es besser für mich und die anderen sein."

„Das ist richtig, für die Garde bist du einer der Besten, aber Udaroff ist Politiker; er läßt sich nichts vormachen."

So kam es, daß Udaroff ganz unverhofft an die Spitze der Organisation der Fabrik gestellt wurde. Unter seinem Vorsitz beschloß der Betriebsrat:

1. Der Betriebsverwaltung zu antworten, daß der Betriebsrat es für unzulässig hält, den Betrieb durch dessen Verlegung nach dem Süden zu schwächen und weitere Verhandlungen in dieser Angelegenheit ablehnt;
2. Eine allgemeine Versammlung nach Arbeitsschluß einzuberufen, um sich ein genaues Bild über die gegenwärtige Lage zu verschaffen und einen Referenten aus dem Zentrum kommen zu lassen;
3. Die Arbeiter, die in die Rote Garde eingetreten sind, auszubilden und sie zu diesem Zweck eine halbe Stunde vor Arbeitsschluß zu entlassen.
4. Eine genaue Aufnahme des Waffenbestandes vorzunehmen.

Nach der Sitzung schickte Udaroff einen Genossen in das Bezirkskomitee der Partei: „Erzähle dort alles; sie sollen uns einen tüchtigen Referenten schicken und uns Anweisungen geben."

Während die Sitzung noch tagt, haben sich im Korridor viele Menschen angesammelt, die verschiedene Angelegenheiten beim Betriebsrat zu erledigen haben.

Als erste kommt eine ältere Arbeiterin mit einer Beschwerde über den Meister:

„Was soll das bedeuten? Nun sind die alten Zeiten vorbei, aber er schwänzelt nach wie vor um die jungen Mädels. Diese bekommen leichte Arbeit, unsereins aber wird zu Tode gehetzt . . ."

„Von wem sprichst du eigentlich?" unterbricht sie Udaroff. „Wird dir Unrecht getan?"

„Aber gewiß! Unser Meister Afanajjei hat es auf mich und Awdotja abgesehen und peinigt uns zu Tode, während die anderen gar nicht zu arbeiten brauchen."

„Schon gut. Ich werde es aufklären."

„Mag er sich sein Vergnügen draußen suchen," sagt noch im Fortgehen die Arbeiterin, hier in der Fabrik sind wir alle gleich."

Ihr auf dem Fuße folgt ein Arbeiter.

„Ich komme mir Rat holen, Genosse," beginnt er. „Die Arbeiter leben bei uns im Hause in einem feuchten Keller, so daß die Kinder krank werden. In der oberen Wohnung wohnt eine Offiziersfrau, ganz allein in fünf Zimmern. Und in der anderen wohnt ein Rechtsanwalt mit seiner Frau in sieben Zimmern. Nun haben wir Skandal gemacht: schränkt euch doch ein bißchen ein. Aber sie verhöhnen uns bloß. Wir gingen zur Polizei, doch die steht ihnen bei. Ist das richtig?"

„Nein, keineswegs! Doch einstweilen können wir nichts machen." Udaroff schweigt einen Moment und fügte dann hinzu: „Hab Geduld, Bruder. Bald stürzen wir sie, und dann kannst du sowohl diese Schmarotzer, als auch die Polizei zur Rechenschaft ziehen."

„Ich verstehe."

Der Arbeiter blickt Udaroff ins Auge, steht einen Augenblick schweigend und antwortet dann ernst:

Die Arbeiter, die anfangs einzeln ins Zimmer traten, versammeln sich um den Tisch. Der eine bittet um eine Bescheinigung, die er in sein Heimatdorf schicken wolle. Dort wird das Land geteilt, und seine Familie soll um ihren Teil gebracht werden. Sein Nachbar lärmt wegen eines Aufschubs für seine Einberufung. Ein Arbeiter schreit über den Wucher der Händler: „Mein Kind ist krank, und diese Lumpen haben die Milchpreise hinaufgetrieben. Gibt es denn kein Recht gegen sie?"

Ein alter Schlosser schimpft aus Leibeskräften und protestiert gegen die Tarifsätze für Reparaturarbeiten.

Ein schüchterner Jüngling, der aus irgendeinem unerklärlichen Grunde ständig bis hinter die Ohren errötet, bittet um einen Schein für den Besuch der Abendkurse. Ein anderer verlangt erregt, ihn in die Partei aufzunehmen und beweist hitzig, daß er dessen würdig sei.

Ein lärmendes Durcheinander herrscht. Schon längst ist Udaroff vom Tisch aufgestanden, beantwortet Dutzende Fragen, erklärt. Ein anderes Mitglied des Betriebsrates hilft ihm. Bis zum Mittag dauert die „Empfangszeit". Trotz des Wirrwarrs geht die Arbeit äußerst intensiv vor sich. Scheine werden ausgehändigt, Zettel geschrieben; viele werden in die Rote Garde aufgenommen, andere in die Partei der Bolschewiki.

(Fortsetzung folgt)

Amtliche Bekanntmachung

— Freital. —

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Freital Donnerstag, den 3. September, abends 7 Uhr, im Rathaus.

Freital, am 29. Aug. 1925.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Tafelbutter
Fett- u. Wurstwaren
empfiehlt
Selma Klein
Ebersbach

Inseriert in der Arbeiterstimme

Theater am Wasaplatz
Sonnabend, den 5. Sept., 8 Uhr
Erstmalig:
Die Prinzessin vom Nil
Schwankoperette in 3 Akten
von Landsberger und Cornelius
Musik von Victor Hollaender

Elysium Räcknitz
Donnerstag
Blumenballfest
Echte Bowle — Preiswerte Weine

Neuheiten
in Woll-, Haar- und Velourhüten
Flieger-, Kieler und Sportmützen
von der billigsten bis zur besten Ausführung
Bruno Köper, Freital-Po., Unt. Dresdner Straße 108

WOHNUNG SIEDLUNG — **JAHRESSCHAU DEUTSCHER ARBEIT DRESDEN 1925** — WOHNUNG SIEDLUNG
Bautechnik u. Baugewerbe — Wohnungseinrichtungen
Kleinwohnhäuser — Kleingartenanlagen
Sonderausstellung des Sächsischen Handwerkes
Wissenschaftliche Abteilung
Täglich nachmittags und abends Konzerte
Sonderveranstaltungen - Vergnügungspark
Große Wert- u. Geldlotterie. Gewinne zu M. 1000, 500 usw.
Freitag, den 4. September abends 1/2 8 Uhr
Elite-Konzert
Leitung: Musikdirektor Felerels
Sonnabend, den 5. September nachmittags 2 Uhr
Automobilturnier
Sonntag, den 6. September
Abendfeuerwerk
Die Ausstellungshallen sind von vorm. 9 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr, das Ausstellungsgelände und der Vergnügungspark bis 1 Uhr nachts geöffnet. Kassenschluß 1/2 1 Uhr nachts.

Tymians Das Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Zigarrenhaus Rein
Freital-Po. / / / Markt 3
empfiehlt
Zigarren :: Zigaretten
Rauch- und Kautabake
in großer Auswahl

Plauener Gardinenlager
FRITZ DINGELDEY
Kötzschenbroda, Meißner Str. 88
Gardinen v. Stück, Künstlergard., Vitragen, Kanten, Scheibengard., Stickereien, Tischdecken usw. preiswert

Delikatessen, Landesprodukte, Grünwaren, Obst, Südfrüchte u. Fischwaren
empfiehlt
Franz Trexler
Mineralwasser-Fabrikation und Fischhandler-Versand
Brand-Erbisdorf, Färberstr. 137

Dresdner Familie gibt einen 8 Jahr. Jungen in Ziehe mit Landwirtsch. Offerte an d. Exp. Ztg. unter A. N.

Strickgarne beste Fabrikate reine Wolle 10 Gebind 1.80 1.40 **0.98 M.**
Sportwolle in allen modernen Farben, gediegene Qualität 10 Gebind **1.60 M.**
Modewarenhaus Seit 1861 **Seidel** Freital-Deuben am „Sächs. Wolf"

Achtung! Arbeiter!
Die billigste Bezugsquelle für
Haus- u. Küchengeräte
Galanteriewaren, Steingut, Glas-, Leder- und Spielwaren usw. ist das
Kaufhaus Richard Horn
Freital, Untere Dresdner Straße 97

Konsumverein Vorwärts
Auch in diesem Jahre werden wir unseren Mitgliedern gesunde, gutsortierte u. haltbare
Speisekartoffeln zum Einkellern
in jeder Menge zu einem möglichst billigen Preise frei Keller liefern. Mit der Lieferung der Kartoffeln beginnen wir in der zweiten Hälfte des Monats September. Bestellungen auf Speisekartoffeln zum Einkellern werden schon jetzt in allen Verteilungsstellen unserer Genossenschaft entgegengenommen
Der Vorstand

Garderobe Textil- und Schuhwaren
kaufen die Parteigenossen
auf Teilzahlung
am besten bei
Anton Glaser
Freital-Döhlen
Obere Dresdner Straße 41

JULIUS ARNOLD
FREITAL
Untere Dresdner Straße 94
Lederhandlung und Felleinkauf
Därme und Gewürze zum Hausschlachten

Gesunde
Speisekartoffeln
Pfund 4 Pfg.
Sauerkraut
in feinster Beschaffenheit
Pfund 9 Pfg.
erhältlich in allen Verteilungsstellen
des Konsumvereins
Vorwärts

Hüte, Mützen
Filzschuhwaren
Filzpantoffeln, Cord- u. Plüschpantoffeln
in großer Auswahl!
Otto Hechtheuer
Freital-Po., Gutenbergstr. 1

Schuhwaren
kaufen Sie vom praktischsten bis zum elegantesten
zu billigsten Preisen
:: :: im neueröffneten :: ::
Schuhhaus
Alexander Göthe
Freital-Potsch.
Untere Dresdner Straße 98
früheres Korbwarengeschäft

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Rich. Krause, Brand-Erbisdorf

Brennmaterialien
aller Art empfehlen
Mißbach & Meyer, G. m. b. H.
Kötzschenbroda — — Telephon 268

CENTRAL-THEATER, Bautzen, Neugraben 9
Beginn: Wochentags 1/2 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr
Ab Dienstag
Das große Ereignis!
Marcco und die Bestie von San Silos
Ein seltsames Urwaldabenteuer in 7 Akten
In der Hauptrolle Joe Stöckel
Gewaltige Urwaldszenen wechseln mit dem bunten Treiben der Großstadt. Der Gewaltigste der Bewohner des Urwaldes der Gorilla steht im Mittelpunkt der sensationellen nervenpackenden Handlung.
Schwere Kämpfe mit Menschen u. Tieren besteht
Marcco, der Mann der Kraft!
Im Beiprogramm Harald Lloyd
„ER" als Lebensretter
Groteske in 1 Akt

PALAST-THEATER, Bautzen, Kaiserstraße
Beginn Wochentags 1/2 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr
Ab Montag
Das große landschaftlich schöne Sensationsprogramm
Die Schmuggler von Bernina
(Blut im Schnee)
Ein Film aus winterlicher Hochregion der Engadiner Alpen in 5 Akten
In der Hauptrolle Grete Reinwald, Oskar Marion
Dieser Film ist eine Glanzleistung der photographischen Aufnahmen
Außerdem noch das 4aktige Drama
Unter der Sonne Mexikos
Ein Drama aus den Bergen der Sierra Nevada

Bestellungen für die „Arbeiterstimme" nehmen die Kolporteure entgegen

für

Bergiesshübel: Paul Schubert, Pirna-Neundorf, Moltke-Str. 3, Hb.
Bischofswerda: Kurt Krüger, Bischofswerda, am Hofe 21
Brand/Erbisdorf: Wilda Kielon, Brand-Erbisdorf Nr. 8
Dippoldiswalde: Frida Trubig, Kriegersiedlung 13, 1.
Dresden-Altstadt: Ella Lehmann, Am See 25, 3., r.
Dresden-A.: Richard Spengler, Ammonstr. 25, 2. Et.
Dresden-Altstadt: Paul Storke, Papiermühlengasse 16, 2.
Dresden-Friedrichstadt: Anna Begus, Schützengasse 24, Hb. 1.
Dresden-Johannst.: Richard Werner, Pfotenhauer Str. 39
Dresden-Krematz: Ewald Creuk, Dresdner Str. 4, p.
Dresden-Löbtau: Ferdinand Wehlisch, Saalhausener Str. 3
Dresden-Neustadt-Ost: Arthur Schmiedel, Kiefernstr. 8, 1. H. Kutzer, Schönbrunner Straße 6, 3., Frau Lewinsohn, Görlitzer Str. 23, 2., Frau Schwarze, Kamenzer Str. 39, p., Josef Hajek, Kasernenstr. 22, 2., W. Münzberg, Hauptstr. 16, 2., Ernst Fellmann, Oppellstr. 17, 2., „Goldbrunnen", Görlitzer Str. Ecke Bischofsweg.
Dresden-Plauen: Arthur Becker, Müllerbrunnenstr. 1
Dresden-Strehlen: Kurt Schönberger, Dohnaer Str. 5
Ebersbach: Gustav Strohbach, Moltkestr. 554d
Freital-Burgk: Oskar Sommer, Kleinnaundorfer Str. 1
Freital-Deuben: Hugo Böhme, Obere Dresdner Str. 43
Freital-Potschappel: Max Körner, Unt. Dresdner Str. 81
Freital-Potschappel: Max Mende, Schulstr. 16
Königstein: Emil Berglig, Schandauer Str. 160
Kötzschenbroda: Gustav Hofmann, Hauptstr. 48
Kohlmühle: Max Richter, Neubau
Lauterbach b. Königsbrück: Walter Reiche, Nr. 74 m
Leuben b. Dresden: Fritz Jaschke, Bahnhofstr. 24
Meißen: Otto Haarig, Nicolaistieg 8, 3.
Mulda: Paul Lippmann, Nr. 73
Pirna-Copitz: G. Hamisch, Lohmener Str. 2, p.
Radeberg: Wilhelm Reicher, Stolpener Str. 24
Radebeul: Max Müller, Gellertstr. 1
Scharfenberg: Oswald Haupt, Bergwerk 11
Seifhennersdorf: Frida Simm, Nr. 821c

Inseraten-Annahme für den Plauenschen Grund.